

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 5500.— M., bei Selbstabholung 5000.— M. Durch die Post bezogen 4000 M. Einzelnummer 250.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Volkssekretariat** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 24506

Inseratenpreise: Die 10spaltige Kolonelle oder deren Raum 500.— M., bei Platzvorschrift 650.— M.; Familiennachrichten von Privaten, die 10spaltige Kolonelle 200.— M. — **Restame-Kolonelle** 2000.— M. Schluss der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Die Demission angenommen.

Br. Paris, 14. Juni. Das belgische Kabinett ist wegen der Frage der Blamierung der Universität Gent zurückgetreten.

Br. Brüssel, 15. Juni. Das belgische Kabinett, das gestern unter dem Vorsitz von Theunis zusammentrat, hat einstimmig festgestellt, daß die Frage der Gent Universität ein Lösung finden müsse und daß die Kammern sich außerstande zeigten, eine solche Klärung unter Mitwirkung der Regierung zu finden. Einstimmig haben die Minister beschlossen, dem König ihre Gesamtdemission zu überreichen.

Br. Brüssel, 15. Juni. Der König hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Br. Paris, 15. Juni. Man nimmt an, daß jetzt in Belgien eine aus Flamen und Sozialisten gebildete Regierung ans Ruder kommen werde, deren Tendenz eine ausgesprochen englandfreundliche sein würde.

Das Schwert des Damokles schwebte schon lange gefahrdrohend über den Häuptern Theunis' und Jaspers. Auch die Bevölkerung Belgiens ist zerrissen durch nationalistische Kämpfe. Die Flamen, die den romanischen Teil der Belgien beherrscht, die seit Ende des Krieges den belgischen Staat beherrscht. Die Gegenstände konzentrierten sich um die Blamierung der Gent Universität, die gewissermaßen als Vorposten des flämischen Bevölkerungstells gilt. Schon vor einigen Monaten drohte das Kabinett an der Entscheidung über diese Frage in die Brüche zu gehen. Aber die Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage hatten noch immer vermocht, eine Überbrückung herbeizuführen. Jetzt scheint nun der Rücktritt Theunis' und Jaspers definitiv zu sein, und es scheint, daß die belgischen Kammern bei ihrer gegenwärtigen Zusammenkunft eine Lösung der flämischen Frage überhaupt nicht finden werden. Auch die flämische Angelegenheit ist, wie viele andere nationalistische Gegenstände in den übrigen Ländern Europas ein Erbteil des Kriegs. Die flämische Agitation ist feinerseit von der Obersten Heeresleitung planmäßig gefördert worden. Die Flamen waren das Mittel zum Zweck der Annexion Belgiens und auch jetzt ist der nationalistische Streit in Belgien noch stark genug, um der Regelung der Reparationsfrage fortwährend Schwierigkeiten zu bereiten.

Wie auch das neue Kabinett aussehen mag, die vorstehende Vermutung, daß ein Kabinett etwa aus Flamen und Sozialisten gebildet werden könne, hat angesichts der Sachlage wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Sie stammt außerdem aus Paris und ist daher mit doppelter Vorsicht zu genießen. Nach anderen Meldungen soll der Präsident der Kammer, Brunet, Aussichten haben, mit der Neubildung des Kabinetts betraut zu werden. Wie aber auch die Kabinettskrisis auslaufen mag, sie wird für die weitere Entwicklung der Reparationsverhandlungen nicht ohne Bedeutung sein. Schon seit längerer Zeit stand fest, daß die belgische Regierung nicht mehr uneingeschränkt den Direktiven Poincarés folgte. Die Beziehungen zu England waren enger geworden, trotz der Aussprache, die unlängst zwischen Poincaré und Theunis in Brüssel stattgefunden hat.

Das verlassene Kabinett strebte dahin, die Gegenstände zwischen Paris und London auszugleichen. Die englische Regierung war ernsthaft bemüht, Belgien aus den Banden Poincarés loszutrennen. Noch spielt der Draht zwischen Paris und London kein Mensch in der Lage, Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand der Beratungen mitteilen zu können. Das heute gemeldet wird, wird morgen demontiert. England wünscht einen Waffenstillstand, während Poincaré die Kapitulation Deutschlands fordert. England wünscht eine internationalisierte Konferenz, während die französische Regierung vor einer allgemeinen Aussprache die Bedingungen formuliert wissen will. Auf diese Weise hat Poincaré Lloyd George die Bewegungsfreiheit in Genoa genommen. Jetzt sehen wir in Paris dieselben Tendenzen am Werke, so daß gegenwärtig der Ausgang der englisch-französischen Verhandlungen nicht abgesehen werden kann. Nur soviel steht fest, daß der Rücktritt der belgischen Regierung eine Verhandlungspause notwendig macht, da naturgemäß der Standpunkt der neuzubildenden Regierung für den weiteren Verlauf der Verhandlungen von entscheidender Bedeutung sein wird. Poincaré wird über die Verzögerung der Entscheidung nicht unerschrocken sein, denn er weiß, daß mit jeder weiteren Woche der passive Widerstand im Ruhrgebiet an Bedeutung verliert, während andererseits die englische Regierung bestrebt ist, dieses Faktum gegen Poincaré entsprechend auszunutzen.

Vom deutschen Standpunkt aus wäre ein Kabinett, gebildet von Flamen und Sozialisten, zweifellos wünschenswert.

Silbschweigen über die französisch-englischen Verhandlungen.

(U.) Paris, 14. Juni. Der genaue Wortlaut der englischen Note, die am Quai d'Orsay heute früh eingetroffen ist, wird ebenso wie die Antwort, die Poincaré zu geben gedenkt, geheim gehalten. Die weiteren Verhandlungen zwischen Paris und London gehen dem diplomatischen Weg unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach dem Tempo wird Frankreich der englischen Regierung seinerseits die Frage stellen, bis zu welchem Grade sie nach Erhalt der gewöhnlichsten Auskünfte die Verantwortung an der Ruhrbesetzung teilen und wieviel sie von ihren Forderungen an Frankreich und Italien aufrechterhalten will. Von dieser Frage hänge die Bestimmung der gesamten Reparationssumme ab.

Die Vorgeschichte der englischen Anfragen in Paris.

U. London, 15. Juni. In eingeweihten Kreisen wird erzählt: Poincaré habe dem englischen Kabinett in einem sehr energischen Töne mitteilen lassen, daß, wenn London sich den französischen Wünschen hinsichtlich des passiven Widerstandes nicht anschließen sollte, die Entente durch Frankreich als aufgespalten betrachtet würde. Die Folge einer solchen französischen Drohung sei gewesen, daß das englische Kabinett sich erneut mit der Lage befaßt habe und die Rückfragen nach Paris ausarbeitete. Bei der Spannung zwischen Paris und London handle es sich darum, ob eine Verständigung über die wirtschaftlichen und noch mehr über die politischen Absichten Frankreichs möglich ist. Die gestrige Erklärung Baldwins im Unterhause, nach der die englische Regierung nicht die Absicht habe, die französische Ruhrbesetzung zu billigen, weicht dem Kern der Schwierigkeiten aus, da Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß England die Einstellung des passiven Widerstandes von Deutschland verlangen könne, auch ohne damit eine Billigung der französischen Haltung im Ruhrgebiet auszusprechen.

Ausweisung Hölleins.

Paris, 14. Juni. Nach Schluß des heutigen Ministerrats verfügte der Minister des Innern die Ausweisung des kommunistischen Abgeordneten Höllein.

Ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen Severing abgelehnt.

Berlin, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags wurde bei der Abstimmung über den Haushalt des Staatsministeriums ein Antrag der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die einheitliche Abgabe der preussischen Steuern in den Vollversammlungen des Reichsrats gewährleistet mit 140 gegen 135 Stimmen angenommen. Das von dem deutschnationalen Abgeordneten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Minister des Innern Severing wurde in namenhafter Abstimmung mit 228 gegen 64 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen abgelehnt.

Stambulinski gefangengenommen.

Br. Sofia, 15. Juni. Laut bulgarischer Telegraphenagentur ist Stambulinski im Dorfe Solat bei Slawovija gefangen genommen worden.

Damit wäre der Umsturz in Bulgarien zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Ob sich die städtische Intelligenz freilich, die der Träger des Umsturzes war, für längere Zeit wird halten können, ist eine Frage für sich, da Stambulinski in den Bauernmassen einen außerordentlich starken Rückhalt hat. Bulgarien ist ein Agrarstaat und der neue Ministerpräsident Jankow wird sich lediglich auf die städtische Bevölkerung stützen können. Dazu kommt, daß die Schichten, auf die sich Jankow stützt, durchaus nicht einheitlich orientiert sind. Vor allem waren es die mazedonischen Kommunisten, die den Hauptanteil an der Aktion hatten. Sofern der neue Ministerpräsident den nationalistischen Forderungen der mazedonischen Bulgaren entspricht, wird er in ihnen eine nicht zu unterschätzende Stütze finden. Das aber müßte das neue Kabinett in schärfsten Gegensatz zu Jugoslawien, Rumänien und vor allem Griechenland bringen, so daß die außenpolitische Basis der neuen Regierung als nur sehr schmal bezeichnet werden kann. Schon meldete der Telegraph, daß zwischen den Kabinetten in Belgrad, Athen und Bukarest ein lebhafter Depeschenaustausch stattfindet. Die drei Balkankabinetts wenden sich schon im voraus gegen die außenpolitische Linie, die auf das Diktat der mazedonischen Bulgaren der neue Ministerpräsident Jankow einnehmen soll. Bei alledem dürfte mit weiteren Zusammenstößen in Bulgarien zu rechnen sein.

Ein Staatsstreich Ferdinands?

U. Prag, 14. Juni. (B. L.) Der kleine bulgarische Gesandte Daskalow, der ein sehr enger Anhänger von Stambulinski ist, hat Pressedirektoren eine Erklärung über die Lage in Bulgarien abgegeben. Er behauptete, der Umsturz in Sofia sei von dem früheren König Ferdinand mit Hilfe der alten Militärpartei, der Reserveoffiziere und der Mazedonier durchgeführt worden. Die heutigen Minister seien nur vorgeschoben. Der eigentliche Plan gehe darauf hinaus, den abgedankten König Ferdinand, der sich augenblicklich auf Schloß Koburg in Thüringen aufhält, zurückzubringen.

Der Widerstand der Anhänger Stambulinskis.

U. Belgrad, 14. Juni. Der Abgeordnete Daskalow, ein Bruder des Prager Gesandten, der 1918 als Vertreter der austro-bulgarischen Fronttruppen gegen Sofia marschierte, ist aus Sofia geflüchtet und hat den Bauerwiderstand organisiert. Der Abgeordnete Botev, der Sobranjepräsident war, liegt auf der Straße von Radomir nach Sofia. Samitliche Eisenbahnbrücken in die Luft sprengen. Von Radomir aus wird Sofia durch die Eisenbahn mit Kohlen versorgt.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 109000 M.

Gemeinsamer proletarischer Selbstschuß oder Sozialdemokratischer Ordnungsdienst?

Von Rich. Lipinski.

Bei den Verhandlungen zwischen der SPD. und der KPD. über die Regierungsbildung in Sachsen spielt der Selbstschuß eine wesentliche Rolle; er hat zu einem dauernden Streit zwischen den Parteien und in der eigenen Parteiorganisation geführt, der die Partei beeinträchtigt. Die Ursache dieses Streites scheint mir in der Unklarheit über das Wesen, die Aufgaben und das Ziel des Selbstschusses und darin zu liegen, daß beide Parteien grundverschiedene Absichten mit dem Selbstschuß haben und ihm verschiedene Aufgaben unterstellen, aber trotz dieser inneren Verschiedenheit den gemeinsamen Aufbau erstreben. Deshalb erscheint mir eine grundsätzliche Erörterung des Selbstschusses und seiner Aufgaben dringend notwendig.

Die Aufgaben des demokratischen Staates.

Der demokratische Staat ist die bisher erreichte höchste organische Gemeinschaft des Volkes. Die Arbeiterklasse muß deshalb zu ihm sich völlig anders einstellen als zum alten Obrigkeitsstaat, denn er gibt ihr die Möglichkeit, alle Kräfte im Staate auszulösen und zur Entfaltung zu bringen und in ihm die politische Macht zu erringen. Erst die Eroberung der politischen Macht schafft der Arbeiterklasse die Voraussetzung, auch die ökonomische Macht zu erlangen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion herbeizuführen und endlich jede Klassenherrschaft zu beseitigen und die völlige Gleichberechtigung aller Menschen herzustellen. Im Reiche ringt die Arbeiterklasse noch um die politische Macht, in den einzelnen Ländern, wie Thüringen und Sachsen, besitzt sie die Staatsmacht. Deshalb liegt die Erhaltung des demokratischen Staates (der Republik) im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse, ja sie muß bereit sein, ihn auch gegen die Reaktion zu verteidigen. Es fragt sich nur, welche Aufgabe hierbei dem Staat und der Arbeiterklasse zufällt.

Der Staat ist verpflichtet, dem einzelnen den freien staatsbürgerliche und wirtschaftliche Betätigung im Rahmen des bestehenden Rechts und der Verfassung zu gewährleisten. Er hat also den einzelnen und das ganze Volk vor der Beschränkung seiner Freiheit zu schützen, er muß ihm seine geistige und persönliche Freiheit sichern, er muß also auch für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate sorgen. Diese Bürgerschaft soll der Staat dem einzelnen durch die Staatsverwaltung und seine Sicherheitsorgane geben; sie wird um so wirkungsvoller sein, je reiflicher die Beamten des Staates sich auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen und zu ihr ein inneres Verhältnis gewinnen, also als überzeugte zuverlässige Republikaner tätig sind. Zeigt sich, daß die Beamten zu keinem inneren Verhältnis zur Republik kommen, sich nur als Plaghalter für die ererbte Monarchie fühlen und nur ihre Pflicht tun, weil sie notgedrungen sie erfüllen müssen, dann müssen solche widerstrebende und passive Elemente aus dem Staatsdienst entfernt werden. Staatsverwaltung und Sicherheitsorgane müssen feste Bollwerke der Republik und ihrer Verfassung sein.

Diese Aufgabe hat die Regierung des Staates zu lösen, sie wird sie um so schneller und sicherer lösen können, wenn sie in Händen von Sozialisten liegt und hinter ihr eine kompakte Mehrheit der gelehrenden Körperschaft und der republikanischen Arbeiterklasse steht. Aufgabe der Regierung und der staatlichen Organe ist es also, in erster Linie die republikanische Staatsform zu sichern und Angriffe auf sie abzuwehren und unschädlich zu machen. Diese Aufgabe kann sie deshalb keiner privaten oder politischen Organisation überlassen, sie kann nicht dulden, daß Selbstschußorganisationen ihr die Sorge für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate abnehmen. Deshalb sind auch bisher in Sachsen alle Selbstschußorganisationen, die sich ein solches Recht anmaßen wollten, wie die Orgesch usw., von Staats wegen bekämpft und unterdrückt worden. Eine Ausnahme ist nur zulässig, wenn die staatlichen Machtmittel zu gering sind, um einen allgemeinen Umsturz abzuwehren oder örtlich nicht genügend Kräfte vorhanden sind, um unmittelbar die staatliche Macht durchzusetzen. Den Vorrang haben die staatlichen Organe, erst wenn ihre Kraft nicht ausreicht, kann private oder Organisationshilfe in Frage kommen, dies aber auch nur dann, wenn es im Einverständnis mit staatlichen Organen erfolgt. Muß schon der Staatsbürger dem einzelnen Beamten in der Not Hilfe leisten, dann kann auch der Staat in der Not die Hilfe des Volkes anrufen. In der Republik wird er dann auch auf die Arbeiterklasse rechnen können, wenn es sich um Sein oder Nichtsein der Republik handelt.

Gilt das Vorausgesagte allgemein für eine republikanische Regierung, so um so mehr für die sozialistische Regierung in Sachsen. Durch die sozialistische Regierung verkörpert, besitzt in Sachsen die Arbeiterklasse die politische Macht, denn sie beherrscht durch sie den Staat und seine Verwaltung. Die Anrufung eines Selbstschusses durch die Regierung an Stelle der

staatlichen Organe oder bei Erschöpfung der staatlichen Machtmittel, steigert nicht, sondern schwächt das Ansehen der Regierung, sie erweckt den Anschein, als wenn die Regierung die staatlichen Machtmittel nicht in der Hand habe oder zu schwach sei, sie zu gebrauchen. Andererseits hat auch die organisierte Arbeiterschaft nicht die Aufgabe, an Stelle der technisch ausgebildeten und ausgerüsteten Polizei den öffentlichen Sicherheitsdienst zu übernehmen und ihre Haut waffenlos dem Föbel zu Markte zu tragen, während staatliche Organe passiv im Hintergrunde stehen. Gerade unsinnig war deshalb die Forderung der SPD. bei den letzten Vorgängen in Leipzig: Zurückziehung der Polizei und Einzug des proletarischen Selbstschutzes.

Die Arbeiterklasse muß es ihrer Regierung überlassen, die staatlichen Machtmittel zu benutzen, und es wäre ein völliges Verkennen des Besitzes der politischen Macht der Arbeiterklasse, wenn sie neben ihrer Regierung noch einen besonderen Parteiapparat für die Durchführung der Staatsmacht aufstellen wollte.

Also: Im geordneten Staatswesen hat ausschließlich die Polizei die Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, nur im Einvernehmen mit der Regierung können staatliche Machtmittel verstärkt und ergänzt werden.

Welche Aufgaben hat nun der Selbstschutz?

Die Faschistengefahr ist groß, die Reaktion rüstet, die Arbeiterklasse und die Republik sind in Gefahr, das Eigentum und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen sind gefährdet. Ohne diese Gefahr zu übertreiben, entsteht doch die Frage, soll denn die Arbeiterklasse untätig diesem Treiben zusehen? Ich sage: Nein! Die Arbeiterklasse hat sich zu rüsten, sie hat aber bereits unüberwindliche Mittel in der Parteiorganisation und in den Gewerkschaften, wenn sie diese bewußt stärkt, ausbaut und ihre Geschlossenheit vor jedem Eingriff sichert und ausreicht. Ihnen stehen andere ökonomische Machtmittel zur Seite, die sparsam und zweckmäßig angewandt die Arbeiterklasse unüberwindlich machen. Das kann nur durch bewußtes und gewolltes einheitliches Handeln erreicht werden. Täglich wechselnde Parolen und Wutaktionen sind hierfür ungeeignet, sie schwächen die Kraft der Arbeiterklasse, steigern die Zahl der Indifferenten und stärken die Reaktion. Daneben muß aber auch für die eigene Sicherheit der Organisationen und der Republik vorgeorgt werden. Diese Auffassung hat schon die Regierung vordem befundet. Gemäß ihrer Auffassung von den Aufgaben des Staates hat sie im Anschluß an den Rathenauord die Vorlage über die Bildung einer Aushilfspolizei im Landtage eingebracht. Sie lautet in ihrem wesentlichen Teile:

Die Regierung wird ermächtigt, für den Fall staatsfeindlicher Erhebungen oder Unruhen die Bekämpfung der Ordnungspolizei in Sachsen durch Männer, die fest auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung stehen und seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und für den Polizeidienst geeignet sind, vorzubereiten.

Dann kamen einzelne verwaltungstechnische Maßnahmen für die Ausstattung der Listen und es hieß dann in der Vorlage weiter:

Die Aushilfspolizei untersteht der Leitung des örtlichen Polizeiverwalters.

In der Vorlage war also richtig die allgemeine Aufgabe des Staates für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, dem Staate und seinen Sicherheitsorganen überlassen worden und die Aushilfspolizei nur für den begrenzten Fall der staatsfeindlichen Erhebung und der Unruhen vorgesehen.

Die Vorlage blieb durch die Landtagsauflösung unerledigt, sie wurde nicht wieder eingebracht, weil die Reichsregierung und die interalliierte Militärkommission aus außen- und innerpolitischen Gründen dem widersprachen. In Etat wurden aber für den Zweck 20 Millionen eingelegt, die später der neue Landtag bewilligte.

Von dieser Grundintention ging auch die SPD. aus. Unter Punkt 1 ihres Regierungsprogrammes führte sie an:

Zur Bekämpfung konterrevolutionärer Bestrebungen dient neben der Geschlossenheit des Proletariats der weitere energische Erfolg der Regierungsmassnahmen zur Ausgestaltung der Landspolizei und eine zuverlässige und wirksame Waffe für den republikanischen demokratischen Staat.

In den endgültigen Vereinbarungen war denn auch nur eine Abwehrorganisation vorgesehen, die den Schutz der Versammlungen, Demonstrationen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen übernehmen und Faschistenangriffe auf den Staat abwehren sollte. Also eigener Parteischutz.

Auf dieselben Gründe war auch die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 10. April 1923 eingeleitet. Es heißt darin:

In dieser Situation kann es zunächst einmal der Arbeiterschaft nicht verdrast werden, wenn sie zum Schutze ihrer Versammlungen, ihrer Einrichtungen, ihrer Führer Abwehrmaßnahmen gegen Übergriffe faschistischer Elemente beschließen hat. Aber nicht nur der Arbeiterschaft und ihren Einrichtungen droht Gefahr, die Republik selbst ist bedroht, sie kämpft um ihre Existenz. Solange diese Situation besteht, kann die sachliche Regierung es den Arbeiterparteien nicht verwehren, nein, sie muß es daneben begründen, wenn sich die Arbeiter den Organen der Republik zur Verfügung stellen, um im Bedarfsfalle, unter Leitung staatlicher Polizei, mit ihrem Leben alle gewalttätigen und ungesetzlichen Angriffe gegen die Republik abzuwehren.

Diese klare Stellungnahme: Schutz der eigenen Einrichtungen, Schutz der Republik wurde durch das weitere Verhandeln zwischen SPD., Siebenzernkommission und Landesarbeitsausschuß verwischt. Während bei der SPD. die Begriffe Abwehrorganisationen und Selbstschutz durcheinanderlaufen, hielt die SPD. an der Forderung des proletarischen Selbstschutzes fest. Welchen Sinn sie ihrer Forderung unterlegte, geht daraus hervor, daß sie auch Jugendliche von 17 Jahren, sowie Anarchisten, Syndikalisten und Unionisten, letztere als Gegner der republikanischen Staatsform, in den Selbstschutz aufgenommen wissen wollten. Schließlich stellten sie diese Forderung zurück, verlangten aber paritätisch zusammengesetzte Leitungen des gemeinsamen Selbstschutzes.

Wiederaufrichtung der Zollbarriere.

Paris, 13. Juni. (Frankf. Ztg.) Das Echo de Paris teilt mit, daß in Ausführung eines auf der Brüsseler Konferenz beschlossenen Beschlusses die Rheinlandkommission heute die Wiederaufrichtung einer Zollbarriere zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet angeordnet habe. Die deutsche Einfuhr, die bisher kostenfrei in das besetzte Gebiet hereinlassen wurde, wird künftig den allgemeinen Zolltarifen unterworfen werden.

Die bürgerlichen Parteien und die Verbilligung der Brotverforgung.

SPD. Trotzdem bei der Aufhebung der Getreideumlage im April d. J. von den bürgerlichen Parteien beschloffen worden ist, daß für die Kreise der Minderbemittelten das Brot verbilligt werden soll und daß die Mittel dafür vom Reich aufgebracht werden müssen, ist seit mehr als einer Woche im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags ein Kampf der heftigsten Elemente innerhalb der bürgerlichen Parteien gegen diesen Plan entbrannt. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Demokraten suchen auf den verschiedensten Wegen die versprochene Beihilfe zu einem ähnlichen Betrag zu benutzen, wie seinerzeit die Zwangsanteile. Dagegen muß anerkannt werden, daß es dem linken Flügel des Zentrums ernsthaft darum zu tun ist, diese Absicht der Reichselemente nach Möglichkeit zu durchkreuzen.

In der Mittwochsitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses stießen die Deutschnationalen Heffrich als ersten Redner gegen den Zentrumsantrag aufmarschieren. Er kritisierte heftig die Berechnungen der Regierung, schüttelte einen Wust von Zahlen über den Ausschuß, um dann bei der Frage, wie die Mittel für die Verbilligung des Brotes für Rentner usw. in ausreichendem Maße aufgebracht werden sollen, sich mit einem nebelhaften Schleier zu umgeben. Sodann begründete Abg. Lange-Hegemann (Zentr.) den Antrag, die Zwangsanteile in Höhe des sechsfachen Betrags zu erheben, den Termin auf den 1. August festzusetzen und die verpätete Zahlung mit dem Goldguldenschlag zu belegen. Genosse Berg sprach zu diesem Antrag die Zustimmung der Sozialdemokratie aus. Die Sozialdemokratie fordere zwar die Erhöhung der Zwangsanteile um das Sechsfache. Dieser Betrag sei notwendig, seine Ablehnung durch alle bürgerlichen Parteien bestände sie deshalb auch mit der vollen Verantwortung für die Zustände, die bei Auszahlung eines geringeren Betrags eintreten würden. Wenn die Sozialdemokratie sich jetzt mit der Erhöhung um das Sechsfache begnüge, so betrachte sie das nur als eine Abschlagszahlung und werde weitere Mittel verlangen, wenn die jetzt aufgeführten erschöpft seien. Unter allen Umständen müßten die Gewerkschaften in den Kreis der Unterstützungsberechtigten einbezogen werden. Das entspreche nur dem Beschluß des Reichstags vom April. Ernährungsminister Luther wies die Berechnungen Heffrichs als völlig irrig zurück. Sodann äußerte sich Dr. Herms sehr entschieden im Sinne des neuen Antrags des Zentrums. Er warnte, die Verhandlungen in diesem Sinne fortzuführen und fuhr fort: Meine Pflicht dem Reiche gegenüber zwingt mich, dies offen auszusprechen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen im Innern und Außen. Unser Haus brennt! Was hier verlangt wird, ist nur eine kleine Abschlagszahlung. Nur durch schnelle Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs kann ein Zustand geschaffen werden, der innerpolitisch erträglich ist. Heffrich hat die Heranziehung der Einkommensteuer für den vorliegenden Zweck vorgeschlagen. Die Einkommensteuer würde viel zu wenig bringen. Sie wirkt überdies ungleichmäßig und ungerecht durch § 33 a und b, die an sich schon eine außerordentliche Bevorzugung der Sachverwalter bedeuten. Auch die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer bringt nichts.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wird vom Genossen Kräygl und dem Abg. Erling (Zentr.) nochmals verlangt, daß die Gewerkschaften zu den Verbilligungsberechtigten gehören. Die Zustimmung über die zahlreichen Anträge soll am Donnerstag stattfinden.

Der Ausschuß beschloß am Donnerstag, als Abgabe zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen das Sechsfache der Zwangsanteile zu erheben. Die Abgabe ist am 1. August zu zahlen. Für spätere Zahlungen wird ein Zuschlag entsprechend der Erhöhung des Zollaufgeldes nach dem 1. August erhoben. Die Sozialdemokratische Fraktion, deren Antrag auf Erhebung des Sechsfachen der Zwangsanteile nicht durchkam, wird darauf bestehen, die Abgabe so zu sichern, daß bei fortwährender Geldentwertung die Brotverbilligung unter allen Umständen sichergestellt wird. Ohne eine solche Sicherung wäre für sie das Gesetz nicht annehmbar.

Ein hartumstrittenes Gesetz.

Selten ist ein Gesetzesvortrag so hart umstritten worden, als die Vorlage zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die gegenwärtig vom Reichstag in zweiter Lesung beraten wird. Eine Flut von Anträgen ist schon auf die Abgeordneten niedergegangen, die aber noch nicht zu Ende ist und die auf eine völlige Änderung der Vorlage abzielen. Daneben sind die Gegner der Vorlage von der Naturheilmethode sehr rührig, wobei sie die Bearbeitung der Abgeordneten selbst treiben, daß sie ihnen mit Namenveröffentlichung drohen, falls sie sich ihrer Forderung auf Ablehnung nicht fügen. Der Kampf um dieses Gesetz ist also bis zur Sechzigste gesteigert und er soll nach dem Willen der Gegner der Vorlage noch schärfer werden, sobald erst die Reichstagswahl kommt. Die Stellung zu dieser Gesetzesvorlage soll für die Kandidaten der Prüffristen werden, ob sie sich zum Volkstretter und Politiker eignen oder nicht. Soweit treibt der Fanatismus bei einer einzelnen Gesetzesvorlage.

Der Kampf um das Gesetz scheint nur noch die Formel zu kennen: Hier Salutaripital, dort freie Naturheilbehandlung! Angesichts dieser verwirrenden Agitation ist es notwendig, Inhalt und Tendenz des Gesetzes etwas aufzuzeigen, um auch der Öffentlichkeit die Möglichkeit einer objektiven Beurteilung zu verschaffen. Seinem Inhalte nach zerfällt die Vorlage in drei Teile: In die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch nur in Deutschland approbierte Ärzte, in eine Reihe sozialhygienischer Maßnahmen und in eine anderweitige Regelung des Prostituiertenwesens. Die einzelnen Teile sind nun an Wert wie an Fortschritt, den sie bringen, sehr verschieden. Die Vorlage ist ein Kompromiß der Parteien untereinander und mit der Regierung. Für die Kreise, die die Prostitution und den außerordentlichen Geschlechtsverkehr überhaupt nicht ihrem angeblich religiösen Standpunkt aus als Träger und Vermehrer der Geschlechtskrankheiten ansehen, sind bei deren Bekämpfung ethisch-religiöser Gesichtspunkte die wichtigsten; es ist Schule und Kirche, denen nach ihrer Ansicht diese Aufgabe zufällt; den reaktionären kapitalistischen Parteien sind Polizeimahregeln die geeignetsten Mittel, und die Demokraten liefern dazu ein geschlossenes sozialpolitisches Mäntelchen. Ganz auffällig und mit den Tatsachen im Widerspruch steht die Auffassung, der der Regierungstretter im Ausschuß Ausdruck gab, die Statistik recht fertige die weitverbreitete Befürchtung von der wesentlichen Vermehrung der Geschlechtskrankheiten nicht. Diese unbegründete Schönfärberei wurde auch sofort zurückgewiesen, was um so notwendiger war, als mit dieser Schönfärberei den weitergehenden Forderungen auf sozialhygienischem Gebiete entgegengetrieben werden sollte. Ärzte, Sozialhygieniker und Sozialpolitiker stimmen überein, daß sich die Geschlechtskrankheiten während und seit dem Kriege in geradezu für das ganze Volk gefährdender Weise ausgebreitet haben. Da man es in ihnen mit einer sehr schlimmen, absolut ansteckenden Seuche zu tun hat, die nicht nur den Betroffenen selbst angeht, sondern andere Personen außerordentlich gefährdet, so ist ihre erfolgreiche Bekämpfung ohne tiefgreifende Maßnahmen in die persönliche Freiheit unmöglich. Der Streit dreht sich nun darum, wie weit hierbei gegangen werden kann, ohne die Bekämpfung des Kranken über sich selbst ganz aufzuheben. Als ein Fortschritt muß es bezeichnet werden, daß die aus dem Gesetz erwachsenden gesundheitlichen Aufgaben den Gesundheitsbehörden überwiesen werden sollen, die sich mit den Pflegeämtern und den sonstigen Einrichtungen der sozialen Fürsorge ins Benehmen zu setzen haben. Der § 2 sagt, daß sich die Geschlechtskranken nur von einem approbierten Arzte behandeln lassen dürfen; der § 3 verlangt, daß die zuständige Gesundheitsbehörde Personen, die dringend ver-

dächtig sind, geschlechtskrank zu sein, anhalten kann, ein von einem dazu ermächtigten Arzte ein Zeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich von einem solchen untersuchen zu lassen. Hier setzte die Kritik nun sehr scharf ein, weil das Angebetum eine üble Rolle spielen und auch leicht Mißgriffe vorkommen können, die für den oder die Betroffenen sehr große Nachteile haben können. Ganz bedenklich, weil die persönliche Freiheit völlig aufhebend, sind die Absätze 3 und 4, wonach schon geschlechtskrank verdächtige Personen einem Heilverfahren unterworfen und unter Umständen mit Zwang in ein Krankenhaus gebracht werden können. Um die Aenderung des § 2 kämpfen besonders die Anhänger der freien Behandlung, besonders die Naturheilkundigen, nicht nur vom Standpunkt der Heilmethode aus, sondern weil nicht approbierte Ärzte von der Ausübung der Krankenbehandlung ganz ausgeschlossen werden. Es ist hier weder Ort noch Raum, weder die Frage der richtigen Heilmethode, noch der sonst in dem hiesigen Streit angeführten Gründe der beiden Seiten zu behandeln, dies ist Aufgabe der dazu berufenen Zeitschriften. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren wird der Geschlechtskranke bestraft, der den Geschlechtskrankheiten beifolgt. Bei Ehegatten und Verlobten tritt nur auf Antrag die Verfolgung ein. Bestraft wird auch der, der, obwohl er geschlechtskrank ist, eine Ehe eingeht. Der Ausschuß hat diese Bestimmung dahin geändert, daß nur bei Verheimlichung der Krankheit die Strafverfolgung eintreten soll. Es wird ein Merkblatt herausgegeben, das den Brautleuten von den Standesämtern ausgereicht wird, womit sie über die schlimmsten Wirkungen der Geschlechtskrankheiten belehrt werden. Die Fernbehandlung ist auch den approbierten Ärzten verboten. Neben den Gesundheitsbehörden kommen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Beratungsstellen in Betracht, deren 1920 schon 164 in Deutschland bestanden. Diesen hat der Arzt geschlechtskranker Patienten, falls sie sich der Behandlung entziehen, zu melden. Kommt der Kranke der Anweisung der Beratungsstelle nicht nach, so hat diese es der Gesundheitsbehörde zu berichten. Der § 8, der diese Bestimmung enthält, gehört zu den am meisten angefochtenen. Man befürchtet vor allem einen Mißbrauch, wenn der Kranke den Arzt wechseln will und dieser ihm dann mit Hilfe dieser Bestimmung Nachteile zufügen kann. Es liegen hierzu Abänderungsanträge vor, die die Möglichkeit des Mißbrauchs beseitigen wollen.

Dem ganzen Kurpfuschertum samt dem vielgepriesenen unläuterer Heilmitteln soll mit dem Verbot der Anpreisung in Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ein Ende bereitet werden. Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 100 000 Mark wird für den Fall der Übertretung des Verbotes angedroht. Ueber das Stillen lippstichtiger Kinder sind besondere Vorschriften erlassen, deren Übertretung ebenfalls Gefängnis und Geldstrafen nach sich ziehen.

Wohl den größten Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bringen die Aenderungen der Prostitutionsbestimmungen. Am hier auch nur einigermassen einen kleinen Fortschritt zu erzielen, mußten erst die Hindernisse weggeräumt werden, die im Strafgesetzbuch in dem § 381 bestehen. Die Kasernierung, das Beschränken auf bestimmte Straßen usw. werden in Zukunft aufgehoben und verboten. Die Bestimmung, die der Ausschuß zur Befähigung vorbereitet: lauter: Wohnungsbesitzungen auf bestimmte Straßen wegen gewerbsmäßiger Unzucht sind verboten. Gerade daß den Prostituierten endlich dieser Mangel genommen, oder wie es Bürgerliche ganz entsetzt ausdrücken, erschlagesprochen und mit den übrigen Gliedern gleichgestellt werden, hat durch einen langen Kampf um die Gleichberechtigung einen erfolgreichen Abschluß gefunden.

Ueber die Aufgabe der Beratungsstellen, ihren Verkehr mit Gesundheitsbehörden, Pflegeämtern usw. sowie die Durchführung sozialfürsorglicher Maßnahmen werden die Ausführungsbestimmungen das Nähere bringen, die von der Reichsregierung mit dem Reichstag zusammen erlassen werden; aber gerade darauf kommt sehr viel an, ob das Gesetz wirksam und nützlich sein wird. Sehr bedenklich ist die Bestimmung, wonach die Kosten für die Durchführung des Gesetzes den Freistaaten aufgebracht wird; sie werden nicht gering sein, zumal der vorgelegene Apparat sehr groß werden wird.

Schlageter & Co.

Im Ruhrgebiet, 14. Juni.

G. S. Wenn man in Deutschland jemals etwas unternommen hat, um den Rest von Sympathien im Auslande gründlich zu vernichten, so hat die Heroisierung Schlageters und seiner Komplizen diese Wirkung gehabt. Was sich die Regierung, eine große Anzahl von Behörden, der entsprechende Teil der Presse und gewisse Bevölkerungsschichten mit der Verherrlichung dieser Leute geleistet haben, vermag man am besten zu ermessen, wenn man sich den Lebensgang des Schlageter ansieht.

Um nicht mißverstanden zu werden, sei ausdrücklich betont, daß man selbstverständlich auch bei einer ganz entgegengelegten Beurteilung der „Heldenhaftigkeit“ der Saboteure das von den Franzosen ausgesprochene und geradezu in Form eines Justizmordes vollzogene Todesurteil auch nicht im entferntesten guthießen kann. So wenig man dies kann, so sehr muß man auf der andern Seite im Interesse des Ansehens Deutschlands die Verherrlichung von Leuten beklagen, die genau das Gegenteil von dem sind, was man als Helden des Ruhrkrieges bezeichnen könnte. Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß es sich bei Schlageter und seinen Spießgesellen nicht um Leute handelt, die unter der Ruhrbesetzung leben, sondern um solche, die von ihr leben. Der größte Teil der Saboteure und Terroristen kommt aus dem gleichen Milieu und den gleichen Bevölkerungsschichten, denen die Rathenau-Mörder, die Freischützer und andere Landstreichertypen entstammen.

Der Lebenslauf Schlageters ist geradezu ein Musterbeispiel der Entwicklung, die unsere modernen Landstreichere und politischen Mörder in der Regel genommen haben. Von der Schulbank weg hat er sich als Kriegswilliger gemeldet und den Krieg im Westen bis zum Ende mitgemacht. Wie alle jene Leute, die durch den Krieg entworfen und vielleicht sogar zum Bandenleben prädestiniert sind, fand er sich nicht in das bürgerliche Leben zurück, sondern zog nach dem Balkan, um dort in den bekannten alten Freikorps gegen die Bolschewisten zu kämpfen. Als das Baltikum-Abenteuer beendet war, ging er nach Deutschland zurück und arbeitete einige Zeit in Ostpreußen an Entwässerungsanlagen. Die feilschende Arbeit beehrte ihn jedoch nicht und er benutzte die nächste Gelegenheit, sich wieder als Landstreichere — diesmal im Solde eines Ausländers — zu betätigen, und zwar damals auf der Seite derselben Litauer, die vor einiger Zeit jenen brutalen Vorstoß gegen die deutsche Stadt Memel gemacht haben, die also durchaus nicht zu denjenigen Nationen gehören, denen selbst in fallschwerstem patriotischem Sinne durch Deutsche Hilfe geleistet werden mußte. Nach der Beendigung des Litauer-Abenteuers versuchte er es wieder einige Zeit mit einer bürgerlichen Tätigkeit: er subskribierte in Freiburg Nationalökonomie. Es litt ihn jedoch auch hier nicht und er wurde so zu einer jener Hyänen jedes innerpolitischen Chaos in Deutschland. Obwohl Schlageter nicht aus Ober-Schlesien stammte, hielt er sich doch für berufen, sich in die dortigen Kämpfe einzumischen. Er beteiligte sich an den bekannten „Hedentaten“ der Freikorps in Ober-Schlesien. Es muß noch hinzugefügt werden, daß er vorher selbstverständlich bei der Niedererschlagung der Arbeiter im Ruhrgebiet nach dem Rapp-Wuttsch ebenfalls beteiligt war. Das gleiche Bedürfnis, das ihn nach Ober-Schlesien getrieben hatte, trieb ihn nun nach Beginn des Ruhrkampfes nach dem Industriegebiet. Was er hier getan hat, ist durch den Prozeß genügend bekannt geworden; er hat deutsche Eisenbahnen und deutsche Bedienst-

Sprengen helfen, die wir nachher mit deutschem Gelde wieder werden aufbauen müssen.

Der Prozeß gegen Schlageter und seine Komplizen, ähnliche Prozesse gegen andre Terroristen und deutsche Beobachtungen haben zur Genüge ergeben, daß man bei diesen Sabotageakten durchaus nicht von Taten reden kann, die etwa aus der Verzweiflung unmittelbarer leidender Bevölkerungstreffen und aus, wenn auch mitleidigem, Patriotismus geboren wären. Es handelt sich vielmehr um die Verwirklichung von Plänen, die immer weit vom Genuß im unbefestigten Gebiet ausgeht und die außerdem durch die von Geheimorganisationen zuziehenden Mitteln durchschnittlich so ausreichend finanziert sind, daß diese Landstreiche ein recht gutes Leben dabei führen. Wenn man sich mit den Saboteuren selbst, mit ihren Lebensgewohnheiten, ihrer „Arbeit“ in wenig näher beschäftigt, so blickt man voll Ekel in einen Sumpf moralischer Verkommenheit, aus dem auch im Rathenau-Prozeß und bei ähnlichen Gelegenheiten genug giftige Blasen aufgestiegen sind. Gerade Schlageter hat bei den innerpolitischen Kämpfen gegen die Republik eine so läbliche Rolle gespielt, daß selbst die doch sehr nachsichtige republikanische Justiz hinter ihm einen Steckbrief erlassen hat, nach dem er wegen militärischer Vandalenbildung und Gefährdung gesucht wurde. Und ein solch rückwärts verfolgter Mensch ist heute der Gegenstand umfangreicher offizieller Ehrungen, noch dazu wegen Taten, die mit dem passiven Widerstand nicht nur unvereinbar sind, sondern die Lage im Ruhrgebiet erfahrungsgemäß beständig verschärfen!

Zu welchen Extremen sich die Verherrlichung eines politischen und moralischen Kollagen der Rathenau-Mörder versteigen kann, zeigt am besten die Absicht der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion in Essen, nach Schlageter eine Straße zu benennen. Das hier kritisierte Verhalten der beteiligten Behörden ist so grotesk, daß es sich wohl lohnte, die Vorkommnisse des Schlageter-Kummels zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage zu machen. Die selbstverständliche Konsequenz der offiziellen Verherrlichung eines der Hauptlinge des aktiven Widerstands, der nach den wiederholten Kundgebungen der Reichsregierung die Wirkung des passiven Widerstands nur lähmt, ist ganz einfach die de facto-Anerkennung der Sabotageakte als patriotischer und zu begründender Handlungen. Diefem Skandal kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden.

Sur Lage im Ruhrgebiet.

Der Sozialdemokratische Parlamentarier berichtet aus Eibersfeld:

Die Gerüchte von einem völligen Ein- und Ausreiseverbot von vier Wochen scheinen sich zu bestätigen. Der Koblenzer Bezirksdelegierte hat mitgeteilt, daß die Einreise von unbesetzten ins besetzte Gebiet für vier Wochen völlig gesperrt ist. Ausnahmen gelten nur in dringenden Fällen, zum Beispiel Todesfällen. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß der Verkehr in verlässlicher Form gehandhabt wird. Während zum Beispiel in Hengsten und Bohwinkel der englische Stempel Gültigkeit hat, wird in Reulshaus der englische Stempel nicht anerkannt. Wer mit einem englischen Stempel angehalten wird, muß 10 000 M. Geldstrafe bezahlen, ohne weiterzulaufen zu können. Derartige Fälle haben sich im Laufe der letzten Tage mehrfach wiederholt.

Das Ein- und Ausreiseverbot läßt in der Praxis einer völligen Blockade gleich. Man bringt diese ungeheuerliche Maßnahme mit den wilden Sprengungen in Verbindung. Wie verlautet, ist neuerdings bei Godesberg a. Rh. wieder eine große Sprengung vorgenommen worden. Es wurde ein Bahnsteig gesprengt, die Lokomotiven von zwei Zügen entgleisten. Die üblichen Reparaturlisten sind in Kraft. U. a. ist jeglicher Verkehr von abends 9 Uhr morgens 5 Uhr verboten. Ausgesperrt wurden aus Borsdorf und Katernberg 69 Eisenbahner, aus Wanne 30 Eisenbahner. Weiter sind 87 Eisenbahner aus Essen und Mülheim (Ruhr) ausgewiesen. Der Bahnhof Essen-Nord ist von den Franzosen freigegeben worden, nachdem man die Verbindung nach Stoppenberg völlig zerstört hat.

U. Dortmund, 14. Juni. Die Franzosen haben die Telefonleitung der Zeche Kaiserstuhl zerschneiden. Die Seilbahn von der Zeche Kaiserstuhl zum Schachtwerk Hoehle ist durch Entfernung einer Verbindungsschiene stillgelegt worden. Auf der Zeche Graf Schwerin ist der Grubenholzwald beschlagnahmt worden. Hierdurch sind die Holzhandarbeiten beeinträchtigt. Dasselbe ist auf der Zeche Mont Cenis der Fall. Das Rathaus Hülchert ist wegen Warenverkaufsverweigerung an Franzosen zum zweitenmal geschlossen worden.

U. Dortmund, 14. Juni. Während der Nacht beschlagnahmt die Franzosen auf der Reichsbahn 50 Milliarden Mark. — An der Bahnhofsüberführung in Herne ist gestern abend gegen 11 Uhr ein französischer Posten erschossen worden. Als angeblicher Täter ist der Bergmann Stellmann von den Franzosen verhaftet worden.

U. Essen, 14. Juni. 87 Familienangehörige von ausgewiesenen Eisenbahnern aus Essen und Mülheim sind jetzt gleichfalls ausgewiesen worden. Die Möbel mußten aus den Wohnungen entfernt werden. Damit ist die erste Ausweisung von Familienangehörigen der Eisenbahnbediensteten des neu besetzten Gebiets zur Tatfache geworden. In Wanne sind innerhalb von vier Tagen 30 Eisenbahner ausgewiesen worden. Aller Voraussicht nach müssen die Familienangehörigen gleichfalls ihre Wohnungen verlassen.

U. Karlsruhe, 14. Juni. Die bairische Polizei verhaftete in den letzten Tagen in drei Fällen Personen, die aus München und aus andern Städten nach Baden gekommen waren, um im besetzten Gebiet an der Eisenbahn Sprengungen vorzunehmen.

U. Köln, 14. Juni. Seitens der französischen Besatzungsbehörde ist heute der Belagerungszustand über den Stadtteil Bonn verhängt worden. Sämtlicher Straßenverkehr ist von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten. Die Maßnahmen sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Besatzungsprezessionen in der letzten Zeit verübt worden sind.

Die Vorgänge in Dortmund.

U. Dortmund, 14. Juni. Die Untersuchung von deutscher Seite über die Erschießung der beiden französischen Feldwebel hat folgenden ergeben: Sonnabend abend trafen die beiden Franzosen mit dem früheren Oberwachmeister der Schutzpolizei Bolduan zusammen. Dieser war schon vorher verschiedentlich mit den Franzosen in Konflikt geraten. Der Grund hierfür soll seine Frau sein, eine über bekundete Person, mit der er in Scheidung liegt, die zu einem der beiden Franzosen in Verkehr gestanden haben soll. An dem betreffenden Abend soll Bolduan von den Franzosen angegriffen und vom Bürgersteig gestoßen worden sein. Nach heftigem Wortwechsel schloß Bolduan, nachdem die Franzosen ihre Schusswaffen auf ihn gerichtet hatten, auf beide. Am Montag wurde er von Franzosen, die ihn verfolgten, auf der Flucht erschossen. Dieser Tatbestand läßt sich auf die Aussagen der Frau Bolduan und eines Gastwirts, denen Bolduan die gleichen Angaben über die Vorgänge in der Sonnabendnacht gemacht hat. Es steht also fest, daß es sich um die Austragung einer rein persönlichen Angelegenheit und nicht um einen nationalpolitischen Anschlag handelt.

Ende des englisch-russischen Konflikts.

U. London, 14. Juni. Lord Curzon hat Krassin die Antwort der englischen Regierung auf die letzte Note der Sowjetregierung überreicht. Er stellte darin fest, daß die russische Note sei auf alle englischen Forderungen eingegangen und der Konflikt somit als beendet betrachtet werden könne.

Der Landesverratsprozeß in Bayern.

SPD. München, 14. Juni.

Das heutige Verhandlungsergebnis war politisch von außerordentlichem Interesse, vor allem, weil es klare Anhaltspunkte für staatspolitische Umtriebe gab, die mit der Regierung Rahr in engstem Zusammenhang stehen.

Aus dem bisherigen Ergebnis des Prozesses wissen wir, daß Fuchs seit dem Herbst 1920 in nähere und vertraulichere Beziehungen zu dem damaligen Polizeipräsidenten Pöhner, einer Hauptstütze des Rahr-Regiments, getreten war. Durch eine heute erfolgte Aussage des Fuchs wurde diese Kenntnis dahin ergänzt, daß Pöhner den Fuchs auch genau informierte über die politischen Strömungen in der Reichswehr, und zwar dahin, daß innerhalb der Reichswehr, vor allem der in Bayern lebenden Formationen, im wesentlichen ein aktivistischer Geist herrsche. Durch das nun heute erfolgte Auftreten des Zeugen Oberamtmann Fried, der bekanntlich unter Pöhner die Leitung der politischen Polizei in München ausschließlich nach rechtsradikalen Gesichtspunkten handhabte, erfährt man nun etwas Näheres über die Intimität der Beziehungen Pöhners zu Fuchs. Fried mußte bestätigen, daß Fuchs im Herbst 1920 sehr oft zu Pöhner und zu ihm gekommen sei, wo in vielen Ausprägungen immer wieder die gemeinsame Absicht dieser drei Herren festgelegt wurde: Abneigung gegen das jüdische und sozialistische Berlin. Daß es nicht bloß bei dieser theoretischen Ansicht blieb, sondern daß man praktisch nach Mitteln und Wegen suchte zum Kampf gegen Berlin, beweist eine gemeinsame Reise dieser Herren in jener Zeit nach Wien zum dortigen reaktionären Polizeipräsidenten Schöber, um Reichslisten und ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung des Bolschewismus aufzustellen. Wer die Prinzipien der bayerischen Staatspolitik kennt, findet es ganz selbstverständlich, daß Oberamtmann Fried kurz vor seiner Vernehmung von seiner Behörde besonders auf seinen Dienst als ahmerksam gemacht wurde; wie er selbst angab. Er weigerte sich deshalb auch, über alle diese Dinge, mit denen er offenbar sehr vertraut ist, näheren Aufschluß zu geben. Eine weitere Feststellung aus Grund des Prozeßergebnisses!

Die besondere Vorlesung, die das offizielle Frankreich für Bayern unter der Regierung Rahr gefaßt hat, ist durch eine Reihe von Tatsachen festgestellt. Nun hört man plötzlich, daß Fuchs schon seit längerer Zeit zusammen mit Pittinger und dem Grafen Soden französische Beziehungen pflegte und politische Bindungen nach Paris unterhielt, und daß er dort mit offiziellen Persönlichkeiten die ihm besonders vertrauten An- und Absichten des ehemaligen Kronprinzen Ruprecht eingehend erörterte. Wir erinnern hier an die eigene Charakterisierung von Fuchs' Pariser Reise: „Mission von Souverän zu Souverän.“ Betrachtet man in diesem Zusammenhang eine Rede des Präsidenten des bayerischen Ordnungsbundes, die dieser in einer vertraulichen Ausschüttung im November 1921 gehalten hat, in der es hieß: „Tatsächlich sind seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange und gleichzeitig bespricht man sich mit Tirol und Salzburg, um durch einen Anschluß dieser Länder in Bayern einen, sowohl militärischen wie wirtschaftlichen Machtzuwachs zu erzielen. Hand in Hand damit gehen die Strömungen, die Monarchie in Bayern wieder einzuführen“, betrachtet man also diese Dinge in dem notwendig einheitlichen Rahmen, in den sie allein schon der Zeit wegen gehören, so liegt für jeden der politischen Zusammenhang offen zutage.

Der Zeuge Wagnr sprach dieser Lage mit seinem politischen Empfinden von dem Herrn Richter als einem Krankheitserregter, der schon im Jahre 1921 im Blutkreislauf Bayern vorhanden war. Dieser Krankheitserregter als solcher war aber auch schon den obersten bayerischen Behörden bekannt; denn unter Eid sagte heute derselbe Zeuge Wagnr: „Wir waren schon im November 1921 innerpolitische Absichten bekannt, die auf Aktionen oder Vereitelung zu Aktionen schlichen liegen, und ohne daß ich substantielle Unterlagen dafür gewinnen konnte, waren mir dabei außenpolitische Zusammenhänge oder mindestens Erwägungen gegeben. Ich habe damals nach Rücksprache und im Einverständnis mit dem damaligen und jetzigen Staatskommissar Garetz in Nürnberg-Pfarr private Bekannte von mir (bayerische Staatsangehörige), die sich in Reichsstellungen befinden, aufmerksam gemacht und weiß, daß daraufhin maßgebende Reichs- und Landesstellen orientiert worden sind. Der schon einmal in der Verhandlung gestellte Brief an Minister Schömer gibt hierzu die weitere Erläuterung. Die Namen Fuchs, Machhaus und Richter hiermit auch nur in losestem Zusammenhang zu bringen, hatte ich damals keinen Anlaß, muß es aber jetzt nach dem derzeitigen Stand meiner Kenntnisse, insbesondere nachdem ich von dem Verlaufe des Fuchs 1921, den Richter zu fanctieren, erfahren habe, doch tun.“

Wir erhalten also immer neue Bestätigungen, daß die zuständigen Behörden schon seit Jahr und Tag von all den Dingen, die heute leider nur teilweise die Grundlage des vorliegenden Hochverrats bilden, mehr oder weniger genaue Kenntnis hatten. Da muß sich doch jeder halbwegs vernünftige Mensch fragen: Warum ist trotzdem von Seiten der Behörden gegen diese französischen Umtriebe nichts, aber auch rein gar nichts geschehen? Wie ist es denn überhaupt möglich, daß bis zur Stunde der Aktion weder der Polizeiminister und der Polizeipräsident von München ein Stenogramm von Richter und seiner bayerischen Freunde wußten? Der selbe Polizeiminister, der bereits unter Rahr Staatssekretär des Innern war und von dem man annehmen muß, daß er mit den staatspolitischen Methoden und Prinzipien seines damaligen Herrn und Meisters wohl vertraut war? Oder vermag es einer dieser früher oder noch regierenden Herren, die heute erfolgte eidlische Aussage des Zeugen Rauter:

„Das gesamte Material, das zur Aufdeckung dieser Hochverratsaffäre aufgebracht wurde, stammt von uns vier Hauptzeugen, und nur durch unsere Tätigkeit war es möglich, den Umtrieben des Franzosen Richter, der nachgewiesenermaßen seit zwei Jahren unter Verdacht steht, ein Ende zu machen?“

Hochverratspläne in Bessen.

U. Darmstadt, 13. Juni. Im hessischen Landtag kam es gelegentlich der Besprechung des Justizetat zu einem außerordentlichem Zwischenfall. Der Abg. Kaul (Soz.) begründete einen Antrag seiner Fraktion, die Regierung um einen Gesetzentwurf zu ersuchen, der verhindern solle, daß der ehemalige Großherzog Abfindungsgelder zu hochverräterischen Zwecken verwende. Der Redner erklärte, er glaube nicht, daß der frühere Großherzog Ernst Ludwig selbst hochverräterische Absichten verfolge. Jedoch sei er in der Lage zu beweisen, daß in der Umgebung des Großherzogs solche Absichten beständen. Zum Beweis seiner Behauptungen verlas der Redner Notizen aus dem Tagebuch des Grafen Hardenberg, von dem er bereit sei, photographische Abzüge zu liefern, aus denen hervorgehe, daß seine Behauptungen mindestens auf den Grafen Hardenberg und einige andre Herren der Umgebung des Großherzogs zutreffen. In einer dieser Notizen werde hervorzuheben, daß es Hardenberg um die Wiederherstellung der Macht des Großherzogs gehe. Von einigen Rednern der Rechten wurde die Benutzung derartiger privater Tagebuchnotizen, für die Hardenberg allein die Verantwortung trage und die nur auf unrechte Art in den Reichstag gelangt sein könnten, stark kritisiert. Der Abg. Kaul erklärte noch, daß die Fäden des Prozesses Machhaus-Fuchs auch nach Darmstadt führten, und zwar in Verbindung mit der Betreibung der Rheinbund-Politik.

Zum polnischen Gesandten in Berlin ist Rosine Dismas ernannt worden.

Der Zusammenbruch der Mark.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Prüfung der Vorgänge, die zum Zusammenbruch der Markfrüherung geführt haben, hielt am Donnerstag eine interne Sitzung ab. Zur Erörterung gelangte die Devisenbeschaffung der Eisenbahn für Kohlen und andre ausländische Waren. In früheren Sitzungen des Ausschusses war mitgeteilt worden, daß die starken Käufe der Eisenbahn und das Hineingehen in den freien Markt wesentlich zum Zusammenbruch der Stützungssaktion beigetragen hätten.

Die Verhandlungen des Ausschusses ergaben ganz zweifelsfrei, daß 1. der Devisenbedarf der Eisenbahn in verhältnismäßig niedrigen Grenzen gehalten hat, 2. daß die Reichsbahn nicht den geringsten Versuch gemacht hat, sich vom freien Markt Devisen zu beschaffen, und 3. daß die Schwierigkeit der Beschaffung von Devisen für die Zwecke der Eisenbahn durch die Devisenbeschaffungstelle erst spät nach dem Zusammenbruch der Stützungssaktion, in der ersten Hälfte des Mai, bekannt geworden sind. Daraus ergibt sich, daß alle Behauptungen über eine sachliche und persönliche Schuld der Eisenbahn am Zusammenbruch der Stützungssaktion unberechtigt sind.

Gegen Mussolinis Wahlreform.

U. Rom, 14. Juni. Nach den Katholiken und Sozialdemokraten haben sich nunmehr auch die Republikaner gegen die Wahlreform Mussolinis ausgesprochen mit der Erklärung, daß die Wahlreform eine Kammer zu bilden veruche, die nicht einmal annähernd die politische Meinung des Landes widerspiegeln.

Mussolinis Lage fängt allmählich an, kritisch zu werden!

Zur Lage in China.

London, 14. Juni. Aus Peking wird gemeldet: General Wang-Chen-Ping ließ den Präsidenten Li-Quan-Fung in Peking und die Zivilkommandantur der Stadt durch seine Truppen umzingeln und ersuchte ihn, die Reichsflagge herauszugeben. Der Präsident antwortete, er wolle nicht, wo die Flagge sich befindet. Da diese Antwort nicht befriedigte, wurde der Präsident zum Gesandten gemacht. In Peking soll trotz der Abwesenheit des Präsidenten und des Ministeriums alles ruhig sein. Einige Minister des alten Kabinetts unter Führung des Ministers des Innern führen die Staatsgeschäfte weiter.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort. In dem Genossen Hofmann, Saalfeld kam ein lebhafter Verteidiger der Naturheilmethode zu Wort. Er behauptete, daß ein Teil der Naturheilkundigen ihre Sache in wenig glücklicher Weise verlebige. Das dürfe uns aber nicht hindern, die großen Gefahren dieses Gesetzes voll zu würdigen. Das Gesetz wolle die Kurierfreiheit beeinträchtigen und gebe damit weit hinter die vor Jahrzehnten existierende Gewerbeordnung zurück. Die demokratische Fraktion erinnerte Hofmann daran, wie sehr gerade ihre Vorfahren für die Aufrechterhaltung der Kurierfreiheit eingetreten seien. Auf die Frage, was aus dem zahlreichen Stande der Naturheilkundigen werden solle, wenn sie durch dieses Gesetz brotlos gemacht würden, gebe der Gesetzentwurf keine Antwort. Wenn zu Zeiten Christi schon ein solches Gesetz bestanden hätte, würde auch ihm die Heilung von Kranken unterlag worden sein und er wäre ins Gefängnis gemauert worden.

In vornehmer und sachlicher Weise legte Professor Jadasohn von der Universität Breslau als Regierungskommissar seinen Standpunkt dar. Es sei bei Infektionskrankheiten notwendig, möglichst frühzeitig die Ansteckungsquellen zu beseitigen. Die Ärzte müßten nach fünf- bis sechsjährigem Studium ein Staatsexamen ablegen, ehe sie ihren Beruf ausüben können. Gewiß gebe es auch unter den Ärzten persönlich unzulängliche Elemente, aber die Unzulänglichkeit der Naturheilkundigen liege vielfach nicht nur an der Person, sondern ganz allgemein auch an der Unzulänglichkeit der Ausbildung. Die Schulmedizin habe auch von der Naturheilmethode gelernt und lerne auch jetzt noch hinzu. Aber durch die wissenschaftliche Ausbildung seien die Ärzte den Naturheilkundigen weit überlegen. Harmlos sei Salvarsan nicht. Das gelte ebenso für die meisten Arzneimittel. Wenn aber in den letzten Jahren die Krankheits- und Todesfälle infolge der Einprägung von Salvarsan sich vermehrt hätten, so führe er dies darauf zurück, daß nicht tabellose Präparate des Salvarsans in den Handel gebracht worden seien, was sehr bedauerlich sei. Verlässliche Eingriffe dürfen unter allen Umständen nur mit Einwilligung der Kranken vorgenommen werden. Er hoffe, daß dieser Antrag angenommen werde und damit manchem Abgeordneten, der gegen Einzelbestimmungen des Gesetzes Bedenken habe, die Zustimmung in der Gesamtabstimmung erleichtert werde.

Der Antrag Grotjahn wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der es dem Reichsministerium des Innern überlassen will, zu bestimmen, in welchen Fällen ärztliche Eingriffe nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden dürfen. Zum § 6 des Gesetzes beantragte Genosse Grotjahn für die Behandlung der Leiden von Geschlechtsorganen, also nicht der eigentlichen Geschlechtskrankheiten, auch die Heilungsmittel zuzulassen und ihnen auch die Behandlung von Geschlechtskrankheiten zu erlauben, wenn dies unter der verantwortlichen Leitung eines Arztes geschieht. Beide Anträge wurden mit knapper Mehrheit angenommen.

Die Beratung wird Freitag fortgesetzt.

Berlin, 14. Juni. Der Steuerauschuß verabschiedete heute das Landessteuergesetz. Die Warenumsatzsteuer wurde mit zwei Prozent festgelegt, wovon die Gemeinden 15, die Länder 10 Prozent erhalten sollen. Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde auf den 1. April 1925 besetzt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, die Ermäßigungsätze für die Lohnsteuer ab 1. Juli um das Fünffache zu erhöhen. Danach würden für jeden Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 6000 M. im Monat, für jedes Kind 4000 M. und als Abgeltung für Werbungskosten 50 000 M. von der Steuer abgezogen sein.

Von Nah und Fern.

Fünf Arbeiter beim Kanalbau verschüttet.

Bier als Leichen geborgen.

Bottrop, 14. Juni. Beim Kanalbau gab es plötzlich die Erdwände nach. Fünf Arbeiter wurden von den Erdmassen verschüttet; vier davon konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Museumsdiebstahl.

Mersburg, 14. Juni. Aus dem hiesigen Heimatmuseum haben Einbrecher Sammlungen römischer Münzen gestohlen, die einen in die Hunderte von Millionen gehenden Wert darstellen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Arens in Leipzig.

Verantwortlich für den Interaktentell:

Hugo Schupfand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei „Wissenschaftlich“, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Eugen Klöpfer
als Boris Godunow

Alfred Abel
als Iwan

Paul Hartmann
als Peter Grigory

Der 6aktige Gloria-Film der Ufa

Der falsche Dimitry

Die Hauptrollen und ihre Darsteller:

Iwan der Grausame	Alfred Abel	Leschinsky, ihr Verlobter	Harry Hardt
Zarin Maria, seine siebente Gemahlin	Agnes Straub	Odowalsky, dessen Freund	Fritz Achterberg
Dimitry, Sohn aus siebenter Ehe Iwans	Kl. Hoschek	Jaro Lensky, ein polnischer Edler	Hans Albers
Peodor, Sohn aus dritter Ehe Iwans	H. v. Twardowski	Boguslawsky, Dimitrys Abgesandter	Lothar Mützel
Boris Godunow	Eugen Klöpfer	Krasinski, Herbergswirt	Georg Baseli
Mistislawsky	Wassilij Wronsky	Seine Frau	Tatjana Tarydina
Bielsky	Eduard v. Winterstein	Nastja, die Tänzerin	Gina Kelly
Jurjew	Heinrich Schroth	Hiob, der Patriarch	Wilhelm Diegelmann
Schuisky	Joseph Klein	Der Pope Nikon	Jaro Fuertner
Bitjagowski	Friedrich Kühne	Pilski, ein Pole	Oskar Sabo
Pawlowna, Dimitrys Amme	Ilka Grüning	Lar	Artur Bergen
Peter Grigory, ihr Sohn	Kl. Stagno	To	Erhard Siedel
Der Narr Iwans	Paul Hartmann	Schamanenzuberer	Hugo Döllin
Der Woiwode Mischek	John Gottowt	Bur	Franz Egenloff
Marina, seine Tochter	Leopold v. Ledebour	Sartow	Georg Schnell
	Hanni Weiße	2 Vertraute des Bitjagow	

Aus dem Leben Iwans des Grausamen.

Eine dunkle Herkunft. Ein dunkles Schicksal.

Dieses Leben, übervoll an leidenschaftlicher Handlung und immer des Mitgefühls jedes Menschen gewiß, dieser wahrhaft internationale Stoff ist nun frei nach der Historie für die Leinwand bearbeitet. Das farbigste Zeitkolorit, das je in einem Film war, gibt den Vorgängen erhöhten Reiz. Trotz seines monumentalen Charakters bleibt der Film ein menschlich interessanter Spielfilm, weil er Konflikte darstellt, die jeden von uns angehen: Die Massenszenen — so grandios ihr Furor, so virtuos ihre Lenkung — sind nur umrahmendes Beiwerk.

Bei den in der Staaken Luftschiffhalle errichteten Riesenbauten ist man vom gleichen Grundsatz wie bei der Photographie ausgegangen, auch kleinste Nuancen, das winzigste Detail dem Ausdruck und der Situation der jeweiligen Szene auf das genaueste anzupassen und die Stimmung auf das konzentrierteste wiederzugeben.

Aus stolzer Wucht und tragischem Heldentum, aus russischer Melancholie und zaristischer Grausamkeit gemischt, tönt die Weise vom Geschick des Peter Grigory an unsere Seele!

Nachdem ein Lustspiel mit **Leo Peukert**.

Heute Erstaufführung. — Einlaß 4 Uhr. Anfang ½5 Uhr.

UNIVERSUM

Kurprinzstraße 8. Fernruf 18195—96. Roßplatz 6.



Dr. Gentner's Waschextrakt
Goldperle
mit **Schnitzseife**
ist sauerstofffrei, daher
unschädlich für die Wäsche.

Noch zu spottbilligem Preise!

1a Haferkakao ½ Pfd. nur 2600.—
Crembruch . . ¼ Pfd. nur 1300.—
Prima Pralinen ¼ Pfd. nur 2000.—

Alle übrigen Artikel billigst.

Nur bis Sonnabend gültig!

W. Thalwitzer

Metzhaus Großer Reiter

Durchgang Petersstraße 44 nach Schloßgasse 14.
Achten Sie bitte auf meine Adresse.

Durchgang
Hainstraße 17/19 (U. T.)
Frisch. Rindfleisch
ohne Knochen, zu Gulasch
Pfund 9400 Mk.
Gehacktes Pfund 10000 Mk.

B. seches-
(Sport)
Wandervogel-
Knaben-
Knaben - Anzüge
Ledergamaschen
Stutzen, Wickelg.
Sommerjackets
Khaki
Zeltplan
Lüster
Fritzsche
Kurprinzstr. 22
N. Eisenbahnstr. 19
L. Heinrichstr. 4

Serbinand Günter
Worm. Berliner Str. 11
St. Lauchaer Str. 10
Umsatz von alten
Gold- u. Silberwaren
und defekten Uhren.

Zahn-
Ersatz, Plomben
Kronen, Reparatur.
Solle Arbeit.
20jähr. Berufstätigkeit.
Zahlungsleicht.

B. Zihang
Schützenstr. 21.
Ich empfehle
preiswert u. gut
Gummi-Sohlen u.
Abfälle
Feuerzeuge
Gasanzünder
Elektr. Fahrradlamp.
Wagnon-Lampen
Batterien, stets frisch
Kaffee-Apparate
und Klinaen
haarölmehmalchin.
Saubfäße, Artikel
und Holz
und Laufe
alle Photo-Platten.
Böhme, Ralierstr. 6.

Herren-Anzüge
Manchester-
Anzüge, gestreift
Manchester-
Pilot-
Militär-
Sport-
Arbeiter hemden
Damen-Wäsche
Lüster-Jacken
Wasch-Joppen
sehr billig.
Uebersetzen macht
mehr!

Weisskirch
Rezeburger Str. 50
Zahlungsleichter.

Extra-Angebot
in
Leder - Spangen - Schuhen
schwarz und braun
nur bis 18. Juni
braun je Paar 23/24 17500
2100.- Mk. mehr 25/26 18000
L. Leidel 27/28 20500
Schuhfabrik 29/30 21500
Verkauf: 31/38 25500
Breite Straße 4
gegenüber den früher.
Drel Mohren 34/35 26500

Metallarbeiter-Berband
Geschäftsstelle: Volkshaus, Beiber Str. 30, I. r.
Telephon 5784 oder Beutriele Volkshaus.
Bürozeiten: vorm. 9-10, nachm. 12-1, abends 4-6.
Sonnabends nur 8-1 Uhr.
Die Geschäftsstelle hat allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung Bücherausgabe während der Bürozeiten.
Krankentage müssen gegen Vorreichung des Verbandesinnerhalb drei Tagen erfolgen.

Achtung! Metallarbeiter.
Sonnabend in der Zeitung Integral beachten!
Dienstag, den 10. Juli
Generalversammlung.

Schmiede. Montag, den 18. Juni 1923.
abends 7 Uhr. **Branchen-**
versammlung im Volkshaus. Tages-
ordnung: 1. Vortrag, 2. Bericht der
Lohnkommission.

Bauslempner. Dienstag, den 19. Juni,
abends 7 Uhr. **Versam-**
mlung im Volkshaus. Tages-
ordnung: Stellungnahme zur Lohn-
bewegung. Eventuell wichtige Ab-
stimmung. Die Branchenleitung.

Westen. Jugendvertrauensleute. Die
Sitzung findet Montag, den
18. Juni, abends 7 Uhr, in den Drei
Eichen, Karl-Heine-Str., statt. Es
ist Pflicht aller Betriebsräte und Ver-
trauensleute, die jugendlichen Ver-
trauensleute zum Besuch der Sitzung
anzuhalten.

Schleudig. Dienstag, den 10. Juni,
abends 8 Uhr. **Mitglieder-**
versammlung im Volkshaus. Tages-
ordnung: Lohnbewegung, Kar-
tellbericht, Gewerkschaftliches.
Das Nordkomitee.

Heizungsmonteur und Helfer.
Sonnabend, den 16. Juni 1923, abends
8 Uhr. **Versammlung im Volkshaus.**
Tagesordnung: Stellungnahme zum
Verhandlungsergebnis Alte und neue
Branchenleitung um 7 Uhr.
Die Branchenleitung.

Eltern der Klempnerlehrlinge.
Sonnabend, den 16. Juni, abends
7 Uhr. **Versammlung im Volkshaus.**
Die Lehrlingskommission.



Mitglieder des Konsum-Vereins!

Zahlt Eure Stammanteile ein!



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Kreisvorstand der USPD, Groß-Leipzig.

Dienstag, den 19. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Speisesaal der L. B., Tauscher Straße.

Ordnungsdienst Selterhausen. Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr, kurze wichtige Besprechung im Bibliothekszimmer, Elisabethstraße 19, pt. I. Armbinden mitbringen.

Beamtengruppe der USPD. Die Versammlung findet nicht am 10., sondern erst am 23. Juni statt.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Heute abend 7 1/2 Uhr im Hofzimmer des Leipziger Lehrervereinshauses. Tagesordnung: Die Organisierung des Jugendweihenterrichts für Groß-Leipzig.

Mitglieder-Versammlungen der USPD, Groß-Leipzig. Vorabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der alten Schule.

Die soziale Hygiene.

In wesentlicher, allerdings nur schwer abgrenzbarer Teil der Wohlfahrtspflege ist die soziale Hygiene. „Dessentische Gesundheitspflege“ sollten wir vielleicht besser sagen. Um die Deutung des Begriffs streiten sich ja noch heute die Gelehrten, so daß man immer wieder von „Gesundheitswissenschaft“, „Sozialer Medizin“, „Volksgesundheit“ usw. lesen kann.

Die soziale Hygiene soll der Erhaltung und Hebung der Volkskraft dienen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich vor allem auf die Unterweisung und Erziehung aller Vorkänge, welche schädlich oder vorteilhaft die Volksgesundheit beeinflussen. Sie untersucht die äußeren Bedingungen der Krankheiten. Soziale Hygiene ist organisierte Technik im Gegenstand zur Hygiene des Individuums. Sie dient in erster Linie der Vorhütung von Krankheiten, von der wir heute schon wissen, daß sie — den Erfolg vorausgesetzt — wichtiger ist als die Heilbehandlung. Zur Lösung ihrer schweren Aufgabe bedient sie sich der sozialen Hygiene der verschiedensten Hilfswissenschaften. Physik, Chemie, Botanik, Psychologie (Pneumatik), die medizinisch-chemische Forschung, aber auch Statistik, Volkswirtschaft und Soziologie spielen eine außerordentliche Rolle. Es handelt sich hier um ein Gebiet, in dem medizinische Wissenschaft und die Sozialwissenschaften zusammenfließen.

Die Gesundheitsverhältnisse aller Volksteile sind wesentlich bestimmt von den wirtschaftlichen Verhältnissen und sozialen Zuständen. Unerwünschte Verhältnisse sind der Mutterboden sehr vieler „Umweltkrankheiten“. Das Buch: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ von Friedrich Engels, gibt uns die beste Erklärung für die Tatsache, daß die große „Inubrisierung“ die ersten sozialhygienischen Maßnahmen traf und heute über die bestausgebildete Sozialhygiene verflügt.

Auch in Deutschland trieben die grauenhaften Zustände des Frühkapitalismus, die stetig steigende Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten, das Wohnungselend in den Mietskasernen und das rücksichtslose Auspötern der Lohnarbeiter in den Fabriken und Bergwerken zur Besinnung. Neben allgemein sozialpolitischen machten sich sozialhygienische Maßnahmen dringend erforderlich. Insbesondere die epochenmachenden Entdeckungen auf dem Gebiete der Bakteriologie führten zum — allerdings zunächst sehr einseitigen — Ausbau der sozialen Hygiene. Die durch den Krieg verursachte schwere Schädigung der Volksgesundheit, mit der folgenden wesentlichen Senkung menschlicher Leistungsfähigkeit hat nun die soziale Hygiene so ziemlich zu einer selbständigen Wissenschaft gemacht. An der Universität Berlin besteht heute ein sozialhygienisches Ordinariat. In Charlottenburg, Breslau und Düsseldorf wurden sozialhygienische Abteilungen errichtet. Nach den preussischen Vorschriften für Prüfungen von Kreisärzten vom 8. Februar 1921 haben alle Kreisärzte einen abgeschlossenen Lehrgang in der sozialen Hygiene nachzuweisen. 570 Fabrikinspektoren kontrollieren heute in Deutschland Fabrikgebäude und Fabrikschlacken.

Schon teilt sich das große Arbeitsgebiet der sozialen Hygiene in zahlreiche Unterabteilungen. Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten bilden große Bezugsgebiete; dazu aber kommen die soziale Reinigung der Wohnungen, der Ernährung, der Säuglings- und Kleinkinderpflege, die Schulhygiene, die soziale Hygiene der Arbeit (Schutz vor Berufs- und Gewerbekrankheiten, Unfall usw.) und das letzte große, noch unerschlossene Arbeitsfeld, die soziale Hygiene der Fortpflanzung.

Wahrscheinlich, eine Kleinarbeit rührt sich vor unsern Augen auf. Neben der „Haben“ zur Zeit in keinem Verhältnis zu dem sich ergebenden „Soll“. Dennoch werden zahlreiche Kräfte entfaltet. Überall, hauptsächlich wohl in den Betrieben und Kommunen wird gearbeitet in der sozialen Hygiene, in der allgemeinen Wohlfahrtspflege mit Begeisterung und allergrößtem Interesse. Wir tun es nicht, wie gewissenlose Schwächer es uns unterscheiden, um die gegenwärtige Wirtschaftsordnung zu stützen und zu verewigen, sondern um zunächst überhaupt das Leben zu erhalten und weil wir wissen, daß ein krankes, stehes Proletariat die schwere Aufgabe seiner Selbstbefreiung niemals durchführen könnte.

Die neuen Zuschläge zur Miete am 1. Juli.

Der Rat hatte zum 10. Juni die Dreizehner-Kommission zusammengerufen, um über die Zuschläge zur Friedensmiete zu beraten. Es lagen Anträge weder von Vermietern noch von Mietern vor. Der Rat hatte wieder verschiedene Beispielshäuser zur Grundlage genommen, und er kam auf Grund der Berechnung dieser Häuser zu folgendem Ergebnis: Für die Betriebskosten 22168 Proz., für die laufenden Instandhaltungskosten 15000 Proz., für die großen Instandhaltungskosten 10000 Proz., für den Zinsendienst eine Grundmiete und für die Verwaltungskosten eine achtfache Grundmiete. Da würde demnach rund gerechnet die 480fache Grundmiete am 1. Juli zu bezahlen sein. Haben wir am 1. April nur die 174fache Grundmiete bezahlt, so bedeutet das eine ganz gewaltige Erhöhung der Mieten. Betrachtet man aber die Abrechnungen, die vom 1. Oktober 1922 bis zum 1. April 1923 den Mieterräten vorgelegt haben und Nachzahlungen von 50—100000 Mk. von den Mietern noch gefordert werden. Die Vertreter der Mieterkreise haben auf die schwere Lage der Arbeiter und der kleinen Beamten hingewiesen. Es würde schwer, die hohe Miete zu bezahlen. Die Genehmigung des Rates zu diesen Sägen steht noch aus. Die Vertreter der Mieterräte haben das Gewerkschaftsorgan, die schon immer verlangt, daß die kürzlich einverleibten Vororte, die noch ziemlich starker ländlicher Charakter haben, eine besondere Gruppe bilden sollen, weil die Betriebskosten in diesen Orten nicht so hoch sind als im Stadtgebiet. Diesem Verlangen ist nun Rech-

nung getragen worden, denn der Zuschlag zu den Betriebskosten beträgt für diese Orte nur 20000 Proz. Wenn die Zuschläge die Genehmigung gefunden werden, werden wir auf die Angelegenheit noch ausführlicher zurückkommen. C. E.

Gegen das Plahat der Markthallenstandinhaber.

Der Rat schreibt uns: In einem kürzlich an den öffentlichen Plahatfäden angeschlagenen Plahat mit der Ueberschrift: Wer verleiht die Lebensmittel? macht der Gruppenverband der Standinhaber der städtischen Markthalle den Rat für die Verteuerung der Lebensmittel verantwortlich. Hiergegen muß der Rat mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. Es sind nicht die erhöhten Gebühren, sondern Gründe ganz anderer Art, die die Lebensmittelpreise verteuern, zum Beispiel erhöhte Erzeugerpreise, Frachten, Kollender, Umkehrsteuer, Abfall von Waren, Arbeiterlöhne, geringes Angebot, große Nachfrage usw. Am deutlichsten geht aus einer Gegenüberstellung hervor, daß die Höhe des Standgeldes auch nach den neuesten Sägen in ganz beschleunigten Grenzen bleibt. So hat zum Beispiel, um nur ein Beispiel anzuführen, 1/2 Kilogramm (2 Stück) Butter 1914 1.40—1.50 Mk. gekostet. An Standgeld haben wir bei einem derartigen Stande 20 Pfg. für den Quadratmeter erhoben. Jetzt kosten zwei Stückchen Butter 16—17 000 Mk., das ist etwa der 1200fache Friedensbetrag, während die Erhöhung des Standgeldes zur Zeit nur das 500fache des Friedensbetrages beträgt. Ebenso verhält es sich bei allen andern Warenarten. Ueberdies trifft die 500fache Erhöhung der Friedenssätze keineswegs auf alle Warenarten zu, sie bleibt teilweise weit unter diesem Sage. Daß die erhöhten Gebühren die Waren nicht verteuern, geht weiter am klarsten daraus hervor, daß in andern Städten, in denen zur Zeit keine Gebührenerhöhung erfolgt ist, die gleichen Warenpreise wie bei uns sind. Wenn weiter in dem Plahate, wie das übrigens auch schon mehrfach an anderer Stelle geschehen ist, das Standgeld als Miete bezeichnet und ein Vergleich mit dem Mieten in Privatgrundstücken gezogen wird, so ist das eine vom Standinhaber von jeder beliebige bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Die Gebühr für Ueberlassung der Stände und sonstigen Einrichtungen in der Markthalle hat öffentlichen Charakter und, wie auch obenstehend, ist bereits anerkannt, mit der Miete des Bürgerlichen Rechts nichts zu tun. Denn die Gebühr ist nicht nur ein Entgelt für den überlassenen Raum, vielmehr ist in ihr mit inbegriffen die Beleuchtung, die Reinigung, die Benutzung der Tafelwagen, Aufzüge, Klosets, Siderung der Waren der Standinhaber durch Nacht- und Sonntagsdienst und persönlicher Schutz bei Unruhen oder sonstigen außergewöhnlichen Vorfällen. Nur unter diesen Gesichtspunkten muß die Gebühr betrachtet werden.

Die Behauptung, daß der Rat die Lebensmittel durch die Gebührenerhöhung verteuere, ist somit in keiner Weise gerechtfertigt und wird von dem Rat nicht abhalten, auch in Zukunft nach den gegebenen, sich nahezu täglich ändernden Verhältnissen die Gebühren so festzusetzen, daß diejenigen, welche die Hauptstelle von den Einrichtungen der Markthalle haben, nämlich die Standinhaber, auch die den Zeitverhältnissen entsprechenden Gegenleistungen ebenso zu leisten haben, wie dies für die Benutzer öffentlicher Einrichtungen (Eisenbahn, Straßenbahn, Schlachthof usw.) der Fall ist.

Unwahre Sensationsmeldungen der Neuen Leipziger Zeitung.

Neue Leipziger Zeitung und Leipziger Tagesblatt beachten dieser Tage folgende Wirtelungen über die Behandlung der sechs Kriegesopfer, die sich im Versorgungsstrankehause befinden: „Der Stadt Leipzig wurden die schwersten Vornurfe gemacht!“ Dazu schreibt uns jetzt der Rat der Stadt Leipzig:

„In der Neuen Leipziger Zeitung wird dem Rat vorgeworfen, daß sie den im Versorgungsstrankehause untergebrachten Kriegesopfern ihre nur allzu gerechtfertigten Wünsche in bezug auf Kost, Pflege und Unterbringung verweigere. Ebenso wird im Leipziger Tageblatt behauptet, daß die Stadt diese Wünsche verweigere und die zwangsweise Ueberführung nach dem Krankehause St. Jakob angeordnet habe. Diese Darstellung ist in jeder Hinsicht unrichtig. Zunächst ist für die Versorgung der Kriegesopfer ausschließlich das Reich zuständig. Die Reichsbehörde hatte die Absicht, das Versorgungsstrankehause für andere militärische Zwecke bereitzustellen. Das Landesamt für Kriegesopfer trat deshalb an den Rat heran mit der Bitte, die noch im Versorgungsstrankehause verpflegten Kriegesopfer in einem der städtischen Krankehäuser unterzubringen. Vertreter des Rates haben sich daraufhin mit den Kriegesopfern persönlich in Verbindung gesetzt und deren Wünsche besprochen. Diese Wünsche sind von den beteiligten städtischen Stellen als durchaus berechtigt anerkannt worden, was auch in einem Schreiben des Rates an das Landesamt für Kriegesopfer zum Ausdruck gekommen ist. Die Durchführung dieser an sich berechtigten Wünsche ist jedoch mit der Aufrechterhaltung eines öffentlichen Krankehausbetriebes aus vielerlei technischen Gründen nicht möglich. Der Rat hat infolgedessen das Landesamt für Kriegesopfer geeignete Unterkünfte in besonderen Anstalten des Reiches geschaffen werden müssen. Weiter ist der Rat mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Das Landesamt für Kriegesopfer hat nunmehr die weitere Versorgung der Kriegesopfer der Ortskrankenkasse überwiesen. Dies hat zum Abtransport der Kriegesopfer zwei Sanitätsautos der Feuerwehr bestellt. Der Rat hat mit diesen Anordnungen nichts zu tun, ja nicht einmal Kenntnis davon gehabt. Ebenfalls hat der Rat daran gedacht, die Kriegesopfer zwangsweise durch die Wohlfahrts-polizei entfernen zu lassen. Im Gegenteil ist von Seiten des Rates ein Eingreifen in diesem Sinne ausdrücklich abgelehnt worden. Damit entfallen auch alle weiteren Vorwürfe, die der Stadt von den genannten Zeitungen über die Behandlung der bewahrenswerten Kriegesopfer gemacht worden sind. Jedenfalls hätte eine telefonische Rückfrage genügt, um die sonst in weiten Kreisen bekannte Tatsache festzustellen, daß der Rat mit der Versorgung der Kriegesopfer überhaupt nicht befaßt ist.“

Wenn die Zeitungen eine telefonische Anfrage an den Rat gerichtet hätten, dann wären sie um ihre Sensation gekommen, und die wollten sie auf jeden Fall herausbringen. Daburd haben sie das Ansehen der Stadt schwer geschädigt. Aber was fragen solche Blätter danach. Die Kriegesopfer haben sich jetzt mit einem Dringlichkeitsantrag an das Stadtverordnetenkollegium gewandt. Sie fordern:

- 1. Gefonderte Unterbringung von den übrigen Kranken.
2. Vollständige persönliche und Besuchsfreiheit wie bei Privatkranken.
3. Frankensweise männliches Pflegepersonal.
4. Verpflegung wie bisher im Lazarett.

Da Genosse Freitag diese Eingabe zu her seinigen gemacht hat, so wird die Angelegenheit im Stadtverordnetenkollegium zur Verhandlung kommen.

Offentlich sieht das Ministerium des Innern einmal die verantwortliche Person im Landesamt für Kriegesopfer zur Rechenschaft, die die Kriegesopfer einfach den Krankenkassen überweist, ohne sich darum zu kümmern, wie sie überhaupt untergebracht werden können.

Wenn man zu spät kommt.

Zu Verhandlungen vor den Gerichten soll man sich pünktlich einfinden. Da hatten drei Personen wegen verbotenem Glücksspiel in einer Gastwirtschaft in Stötteritz je einen Strafbefehl von 25 000

Mark erhalten. Sie hatten Berufung eingelegt und das Leipziger Schöffengericht mußte am Dienstag über die Angelegenheit verhandeln. Als die Sache aufgerufen wurde, waren nur zwei Angeklagte vorhanden. Der Dritte fehlte, er hatte sich auch nicht von einem Rechtsanwalt vertreten lassen. Es wurde sofort beschlossen, einen Rechtsanwalts des Terminus diese Berufung zu verwerfen. Man in die Verhandlung gegen die beiden andern eintrat, erschien mit einer halbstündigen Verspätung auch der dritte Angeklagte. Es wurde ihm aber sofort bedeutet, daß seine Berufung verworfen sei. Er habe die Strafe — und auch die Kosten — zu bezahlen. Der Mann beantragte sich nach dem Zuschauerraum. Jetzt erhob sich aber Zeugen gegen seine angeblichen Mitspieler zu vernehmen! Er mußte deshalb den Raum verlassen. Die Angeklagte brachten, weil die Hauptzeugen, die Gastwirtin, die Verurteilung verworfen worden war, nahm eine ähnliche Haltung ein. Die beiden Angeklagten mußten also kostenlos freigesprochen werden. Wäre der Dritte pünktlich zur Stelle gewesen, so hätte er die 25 000 Mk. sowie die Kosten nicht zu bezahlen brauchen.

Wie die Teuerung wächst.

Teuerungszahl 1 für Leipzig.

(Statistisches Amt Leipzig.)

Stichtag 6. Juni 1923: 424 229 Mk.

Stichtag 13. Juni 1923: 491 214 Mk.

(Das ist nach der Meinung des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in je 4 Wochen.)

ha. Die Versicherungspflicht der Werkstudenten. Werkstudenten sind auch auf den Dienststellen und in den Bureaus der Reichsbahn beschäftigt. Nach einer Verfügung des Vorstandes der Eisenbahnbetriebskrankenkasse Berlin sind sie Krankenversicherungspflichtig, außer wenn etwa ihr Entgelt ganz geringfügig ist, d. h. ein Drittel des Kranklohnes nicht übersteigt. Die akademische Krankenkasse ist keine Krankenkasse oder Ersatzkasse. Von der Invalidenversicherung sind die Werkstudenten frei.

ha. Sterblichkeit vor und nach dem Kriege. Die Sterblichkeit in Deutschland während des Krieges erheblich zugenommen. Von 15,0 auf 1000 Bewohner stieg sie mit Schwankungen bis 1918 auf 24,7, 1919 auf 15,6, 1920 weiter auf 15,1, hat also die Vorkriegsterblichkeit nahezu erreicht. Eine nähere Untersuchung zeigt aber große Unterschiede. Die Säuglingssterblichkeit war 1920 mit 13,1 auf 1000 Lebendgeborene gegen 15,1 vor dem Kriege sehr gering. Kinder im Alter von 1—5 Jahren starben dagegen 15 Prozent mehr als 1913. Auch die Sterblichkeit der Bevölkerung von 5—40 Jahren war erheblich größer als 1913, am meisten bei den Männern und Frauen von 15. bis zum 30. Lebensjahr, bei den Männern zwischen 20 und 25 Jahren um 61 Prozent, bei den Frauen zwischen 40 Jahre war wenig, bei den Männern dagegen aber erheblich stärker, bis zu 17 Prozent. Frauen von 25 bis 45 Jahren hatten gegen die Regel eine höhere Sterblichkeit als die Männer. In normalen Jahren ist die Sterblichkeit der Frauen nur zwischen 25 und 35 Jahren größer.

Ein Schlüsselzahl von 5000 hat der Börsenverein der Deutschen Buchhändler mit Wirkung vom 14. Juni festgelegt.

Die Verunreinigung der Straßen durch zerbrochene Flaschen ist, wie uns aus den Kreisen der Radfahrer geschrieben wird, eine schwere Schädigung für Radfahrer. Mängel und Schläuche werden dadurch zerschritten und unbrauchbar gemacht. Die Radfahrer bitten die Einwohnerschaft für Beseitigung von Glasstücken mit zu sorgen und besonders die Kinder darauf aufmerksam zu machen, daß sie herumliegende Glasstücke nicht noch zertreten oder breitmischen mögen.

Ein Kreuz an Karl Ohlßen, Malmö, ist an die Leipziger Buchdruckerei U. G. juriläufigen. Der Abänder soll sich gegen Ausweis im Kontor, Tauscher Straße 19/21, melden.

Sozialistische Kindergruppen. Stätterk. Sonnabend nachmittags vom Weisepfah, 300 Mk. Jahrgeld mitbringen. Thonberg-Neureuditz. Sonnabend, pünktlich 1/2 Uhr. Treffen auf dem Spielplatz, Stötteritzer Straße zum Ausflug nach Taucha. Proviant und Fahrgeld mitbringen. Eltern willkommen. Leipzig-D. Ost. Wer am Sonnabend mit nach Taucha fahren will, muß um 1 Uhr am Hofplatz sein.

Fließverlauf am Sonnabend. Freibank I: Nr. 4301—5000 und 1—200; Freibank II: Nr. 3601—4250 und 1—200. Dann freier Verkauf.

Polizeinachtichten.

Zu den Unruhen am 6. Juni. Zur völligen Aufklärung des Totfalls an dem Polizeiwachtmeister Müller gelegentlich der Unruhen am 6. d. M. bedarf die Kriminalpolizei noch dringend der Mitwirkung der Zeugen. Insbesondere sollen Bewohner von Grundstücken in der Grimmischen Straße, namentlich gegenüber der Einmündung der Ritterstraße von ihren Benutzern aus die Vorgänge auf der Straße beobachtet haben. Diese werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalpolizei zu melden. — Weiterhin haben die bisherigen Erörterungen noch nicht zur Ermittlung derjenigen Person geführt, die an der Tötung des Helden des Republikens in der Grimmischen Straße hinein geschossen hat. Auch diejenigen Personen, die geeignete Angaben zu deren Ermittlung machen können, werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalpolizei zu melden. Der Mann soll 22 bis 25 Jahre alt, etwa 1,80 bis 1,85 Meter groß und vermutlich bartlos gewesen sein. Bekleidet ist er gewesen mit blauem Jackett, vielleicht auch ebensolcher Hose und blauer Schiffermütze.

Blüten hat echte Dollarnoten. Ein hiesiger Vertreter hatte vor einigen Tagen in der Nähe des Hauptbahnhofs von einem Mann eine 5-Dollarnote gekauft. Später stellte sich dann heraus, daß er eine wertlose „Blüte“ erstanden hatte. Er ist dadurch um mehrere 100 000 Mk. geschädigt worden. Die Blüte ist als solche ohne weiteres zu erkennen, sie trägt das Datum „30. Februar 1908“ und u. a. eine Unterschrift „Dumbag“. Trotzdem sind eine ganze Anzahl Personen auf den Schwindel hereingefallen und haben solche Blüten als echte Noten gekauft. Anbieter sollte man in zukünftigen Fällen vermeiden.

Verdacht eines geplanten Verbrechens. In Verwahrung der Kriminalpolizei befinden sich zwei Kartons, die je 50 vermutlich Gas- oder Säurepatronen enthalten. Die beiden Kartons sind Ende Mai d. J. in einem Abort im Bahnhofs Bahnhof gefunden worden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie zur Ausführung eines Verbrechens dort versteckt worden sind. Wer Angaben über die Herkunft der Patronen machen kann, wird gebeten, sich baldigst bei der Kriminalpolizei zu melden.

Zahndiebstahl. Einem auswärtigen Optiker ist in einer der letzten Nächte die Zahndiemer sowie zwei Gewandstücke gestohlen worden. Die Gewandstücke, eine Doppeltüte, enthaltend 28 Dtd. Brillengläser, sowie eine Aktentasche, halbes Taler, als sich der Bekleidete danach erkundigte, bereits abgehoben. Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der Brillengläser teile man der Kriminalpolizei mit. Vor Ankauf wird gewarnt.

Großer Polten Goldschmelzer und Füllbehälter gestohlen. In der Nacht zum 13. Juni sind Einbrecher in ein hiesiges Goldschmelz- und Füllbehälter und haben daraus eine große Anzahl Füllbehälter der Marken Novo, Rico, Amicus, Elio, Elmo, Omega, Raweco, Montblanc, mit silbernen Ueberzug verleierte Daiter, Kanonithaler sowie eine Anzahl Füllbehälter, Marke Dictator, gestohlen. An dem hierzu ererbte die Kriminalpolizei. Es sind 3 Millionen Mark betroffen worden.

Aus der Umgebung.

vi. Eisenburg. Stadtverordnetenversammlung vom 11. Juni 1923. Die Wohnungsnot ist eine Erscheinung, die zu den ernstlichsten und gesundheitsgefährlichsten Zuständen führt. Das Reich verlangt vollständig und überläßt die Abhilfe zunächst den Gemeinden. Trotz aller Finanzschwierigkeiten hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, auch in diesem Jahre einige Wohnungen zu bauen. Die Kosten betragen rund 300 Millionen Mark. Der Baukostenzuschuß vom Reich wird aber nur gewährt, wenn die Gemeinde mindestens 4000 Prozent Wohnungsbaubausgabe erhebt. Das heißt mit anderen Worten, entweder die Gemeinde baut und erhebt 6000 Prozent Wohnungsbaubausgabe, oder sie muß das Bauen unterlassen, weil die Mittel dazu fehlen. Welcher Weg ist nun zu beschreiten? Zu berücksichtigen ist noch, daß die reichsgerichtlichen Bestimmungen zur Wohnungsbaubausgabe unsozial sind und die schmerzhaftesten Schülern am drückendsten belasten. Wenn trotzdem die sozialdemokratische Fraktion der Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe zustimmte, so nur um das angefangene Bauprojekt nicht zu gefährden und damit die Arbeitslosigkeit im gesamten Baugewerbe nicht noch zu vergrößern. Außerdem hätte die Fraktion ihre Zustimmung von der Herausgabe eines Dreieckes abhängig gemacht, das eine stärkere Heranziehung der Industrie ermöglicht und die Aufteilung überproportionaler Wohnungen durch Zwangsquartierung vorzieht. Dem ist Rechnung getragen worden. Gegen 2 Stimmen wurde die Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe auf insgesamt 6000 Prozent angenommen. Ebenfalls wurde gegen 2 Stimmen einer Ordnung über die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten von Kleinwohnungen zugestimmt. Diese Ordnung will eine Erhebung des Wohnungsbaues durch die tragfähigen Kreise erzwingen. Durch die Lastverteilung machen sich eine Menge kleine Arbeiten nötig, deren Erledigung die D. C. F. übernommen hat. Dafür zahlt die Stadt anteilig 1 Million Mark. Die Dübener Straße soll in einer Länge von 60 Meter gepflastert werden. Der Anstoß für Sparanlagen bei der städtischen Sparkasse wird auf 8 Prozent erhöht. Ueber die neue Gewerbesteuerordnung, die in Form einer Lohnsummensteuer erhoben werden soll, wird eine zweite Lesung beantragt und zugestimmt. Bei der Etatberatung drückte Genosse Hennemann seine Mißbilligung über das Verhalten der Polizei am Himmelfahrtstage aus. Er gefiel, daß die Polizei wohl die Stahlhelmeute geschickt hat, aber vergessen hat, gegen die Stahlhelmpatrioten einzuschreiten, welche die Eisenburger Bürgerwehr schützten und bewaffnet in Eisenburg Umzüge veranstalteten. Eine Kritik an Etat und Verwaltung wurde, abgesehen von Kleinigkeiten, nicht geübt. Der Etat wurde nach längerer Aussprache einstimmig angenommen. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 998 249 043 Mk. Diese Zahlen sind natürlich bei dem heutigen Dollarstand längst überholt. Der Pensionierung des Armenhausverwalters Günzel wurde zugestimmt. Hierbei ist zu bemerken, daß Herr Günzel seinen Beruf verfehlt hätte. Es soll künftig bei Neubestellung dieses Postens Wert darauf gelegt werden, daß ein mißfallender Mensch diesen Posten übertragen bekommt.

Sächsischer Landtag.

Ausschuß B des Landtags. Bad Ester.

Eingehend beraten wurde im Ausschuss B des Landtags das Kapitel Bad Ester. Nach dem Etatjahr ist im Hinblick auf Bad Ester kein klares überschüssiges Geschäftsbild möglich, weil Bad Ester Salonbetrieb ist, dessen Rechnungsjahr nicht wie das Etatjahr, sondern mit dem Monat September abschließt. Der Ausschuss forderte deshalb von der Regierung eine Beilage zum Etat, die für Bad Ester das in Betracht kommende Rechnungsjahr zugrunde legt. Die Pacht- und Mietverträge müssen natürlicherweise langfristig abgeschlossen werden. Es ist aber der Regierung gelungen, nicht feste Summen zugrunde zu legen, sondern den Staat an Umsatz der einzelnen Betriebe zu beteiligen. Der sogenannte Reunionsfonds mußte aufgelöst werden. Es ist aber im Etat ein neuer Titel eingeführt worden, der es der Regierung ermöglicht, während der Saison für unvorhergesehene Fälle Mittel zur Verfügung zu haben. Neuaufkäufe von Grundstücken konnten nicht getätigt werden. Ein Verkauf ist im Gange. Der Staat hat sich hierfür vom Bezirksverband das Vorkaufsrecht übertragen lassen. Dieser Kauf ist deshalb nötig, weil das zu erwerbende Haus zunächst das Volkstheatermuseen sein soll, dessen großartig gedachte Planung wegen der katastrophalen Geldentwertung vor der Hand nicht durchgeführt werden kann. Die Kuchelmeister zur Mittelfe bei der Ausbringung der Reklamekosten zuzuziehen, hat nicht viel geholfen. Das hängt ganz von der Geschäftslage ab, und die war im Vorjahr wegen des anbauender schlechten Wetters miserabel. Die Regierung hat deshalb im vorigen Jahre zur Ausbringung der Reklamekosten ein Fest veranlassen lassen und zwar mit gutem Erfolg. Schwere Klagen wurde im Ausschuss geführt wegen der unethischen Preisstreiberien gewisser Hotelbesitzer, die Bad Ester geradezu in Verfall gebracht haben. Ferner behandelte der Ausschuss noch die Kapitel Verwaltung der Staatsschulden, Großer Garten, Bergakademie Freiberg, Alters- und Kulturrentendank, Albrechtsburg Weissen, Gebäude- und Maschinenversicherung.

Am Schluß der Sitzung wurde von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion als Antwort auf eine, die Behandlung des kommunalistischen Erwerbslosenanteils betreffende kommunalistische Erklärung eine Gegenerklärung zu Protokoll gegeben, die besagt, daß die sofortige Beratung des kommunalistischen Dringlichkeitsantrags im Ausschuss B ohne weiteres möglich gewesen wäre, wenn die kommunalistischen Ausschussmitglieder in der fraglichen Sitzung nicht geschwiegen hätten.

Schul- und Steuerfragen.

Der Rechtsausschuß lehnte in der letzten Sitzung des Landtags ein Gesuch der sächsischen Schuldirektoren ab, die bei einem Wechsel ihres Wirkungsortes die Direktorenzulage weiter bezogen wollen. Das Gesuch des Leipziger Berufslehrlingsvereins, die wahlfreien Stunden an der Fortbildungsschule in die Pflichtstunden einzurechnen, wurde gegen unsere Stimmen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Unsere Genossen betonten mit Recht, daß der Beschluß eine Veränderung des Schulbedarfsgesetzes zur Folge haben müsse und in seiner Wirkung eine Verachtlichung der Volksschule und in weiterem Umlange sogar eine schwere Benachteiligung der kleinen Schulbezirke zugunsten der Großstädte bedeute. Ein Antrag der Kommunisten, der eine Aufhebung des Steuergesetzes über den Abzug des Zehntels vom Lohne bezwecke, wurde abgelehnt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei behaupteten in der Aussprache, die Industrie bezahle in der Hauptsache die 10 Prozent. Die eigentlich Geschädigten seien die Rentner und die Besitzer von festem Geldpapieren. Die Regierung wies aber an der Hand von Zahlen nach, daß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an dem Steueraufkommen ständig wachse. Im April 1923 sind von 277 Milliarden Mark allein 219 Milliarden Mark durch Lohnabzug aufgebracht worden. Die übrigen 58 Milliarden Mark rührten von den andern Steuerzahlern her. Die Regierung dränge daher auf eine Verringerung der Steuerzahlung hin. Angenommen wurde ein Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, daß die Unternehmer verpflichtet, der Kontrolle der Betriebsräte über die schnelle Abkündigung der abgeordneten Steuerzahler keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Ausschuss nahm ferner nach kurzer Aussprache die Vorlage Nr. 49 an, die bei der Genehmigung der Darlehens seitens der Landesrentenbank die Berücksichtigung des Roggenpreises verlangt, und einen Antrag unserer Fraktion, der einen Ausbau und eine Vereinfachung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bauarbeiterlohn fordert.

Erleichterung der Feuerbestattung

Dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge wird in Abänderung der bisherigen Vorschriften gestattet, daß zur Feuerbestattung an Stelle der bisher vorgeschriebenen Holz- und Zinnsäcke auch Erbsen, Gerste, Hafer, Papp und Papier mit der Einschränkung benutzt werden dürfen, daß hierbei nur Stoffe verwendet werden, die sich zur Verbrennung eignen. Diese Erleichterung gilt jedoch nicht für Personen, die an gemeingefährlichen Krankheiten verstorben sind. Eine solche Erleichterung der Feuerbestattung würde sich auch für Sachsen empfehlen.

Reiche Wild- und Waldbeerenernte in Sicht. Aus Adorf i. B. wird gemeldet: Wie die Heidel- und Preiselbeeren, so zeigen auch die Waldbeerbeeren und vor allem die Himbeeren heute einen ungewöhnlichen reichlichen Fruchtanhang und stellen eine gute Ernte und für die Beerenhammer hohen Verdienst in Aussicht. Auf den Waldböden und an den Rändern der Gehölze werden auch bereits Birnenpflanz, Gels- und Stockschwämme in größerer Anzahl gefunden.

Dresden. Der Rat der Stadt Dresden hat das Wirtschaftsministerium um Einberufung einer Konferenz der großstädtischen Preisprüfungsstellen mit Vertretern der beteiligten Handelsorganisationen ersucht, um die Einschränkung übermäßiger Schaufensterauslagen zu prüfen. — Der Rat bewilligte den Mehraufwand für den Stadthausneubau in der Theaterstraße mit 1677 Millionen Mark.

Zittau. An Stelle des nach Dresden gewählten Oberbürgermeisters Dr. Kütz ist Bürgermeister Zwillingenberger zum Zittau mit Wirkung vom 1. August 1923 zum Oberbürgermeister von Zittau gewählt worden, und zwar einstimmig, da auch die Sozialdemokraten für ihn stimmten. Gegen drei Stimmen der Sozialdemokraten wurde Zwillingenberger auch auf Lebenszeit gewählt.

Wittschauer. Bei der Verpachtung der städtischen Kirchmuhungen wurden Gebote für den mittleren Raum auf 10 000 Mk., für größere bis auf 50 000 Mk. und sogar 75 000 Mk. abgegeben, gegenüber 100 bis 200 Mk. im Vorjahr.

Sächsischer Landtag.

43. Sitzung. Donnerstag, 14. Juni, nachmittags 1 Uhr. Zur Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über

das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.

Es handelt sich dabei um eine Aufhebung der Begrenzung des Steuerrechts der Kirche.

Abg. Hilmann (D. Sp.) stimmt der Vorlage zu, bedauert aber, daß die Kirche noch keine Zuschläge zur Grund- und Grundbesitzersteuer und zur Körperlichkeitssteuer erheben dürfe.

Abg. Siebert (D. Nat.) äußert sich in gleichem Sinne und sagt, daß die Abhilfe, solange die Beschränkungen aufrechterhalten bleiben, eine ungenügende sein müsse.

Abg. Wehrmann (Dem.) betont, daß es darauf ankommt, der Kirche schnell zu helfen.

Abg. Renner (Komm.) bringt einen Antrag ein des Inhalts, daß die Kirchensteuern nicht durch die Gemeindebehörden erhoben werden dürfen.

Religionsminister Fleißner erwidert dem Antragsteller, daß die Bestimmungen auf Reichsvorbehalt beruhen. Sachen könne also daran gar nichts ändern.

Der Antrag Renner wird abgelehnt und darauf die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Änderung des Gesetzes über die Gerichtskosten (Gebührenordnung) wird ohne Debatte nach der Vorlage beschlossen.

Gegen die Stimmen der Kommunisten erfolgt die Gewährung eines einmaligen Staatsbeitrages für die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden 1923 (Spiel und Sport) in Höhe von 6 Millionen Mark.

Dann werden noch in Schlussberatung verabschiedet das Schlichtungsrechtsgesetz, das Schlichtungsgesetz und das Gesetz über die Haftstrafung. — Nächste Sitzung: Dienstag, 19. Juni, vormittags 11 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Rohindustriehäufnisse der Sächsischen Metallindustriellen.

Von der Verbandsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Sächsischen Metallindustriellen veröffentlichen in ihren Betrieben nachstehende Bekanntmachung:

„Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund des § 22 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 über Tarifverträge für den schwebenden Lohnstreik in der sächsischen Metallindustrie die Vermittlung übernommen und das sächsische Arbeitsministerium mit der Bildung eines Schlichtungsausschusses beauftragt. Nach den Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums hatte der Schlichtungsausschuß zu entscheiden:

1. Ueber die Frage, ob in Zukunft zentral oder dezentral für Sachsen verhandelt werden soll.

2. Ueber die Lohnverhältnisse ab 3. Juni 1923.

Ueber die Frage zu 1. ist am 12. Juni 1923 folgender Schiedsspruch gefaßt worden:

„Der Schlichtungsausschuß erachtet es für empfehlenswert, daß in der sächsischen Metallindustrie künftig die Lohn- und Arbeitsbedingungen zentral geregelt werden und gibt den Parteien auf, rechtzeitig dazu einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

Die Frage 2 konnte nicht erledigt werden, da der Metallarbeiterverband sich weigerte, einen Beisitzer für die Lohnverhandlungen zu stellen und zu diesen überhaupt zu erscheinen.

Durch das Verhalten der Vertreter des Metallarbeiterverbandes ist das Weiterarbeiten des Schlichtungsausschusses zunächst unmöglich geworden. Die endgültige Lohnregelung wird dadurch natürlich zum Nachteil der Arbeitnehmer wieder hinausgezögert. Da dies gegen unsern Willen ist, sehen wir uns veranlaßt, folgende provisorische Lohnverhöhung bis zur endgültigen Regelung vorzunehmen:

Es werden ab 3. Juni 1923 die bereits bekanntgegebenen a conto-Beträge von 800 Mk. in der Spitze als nicht akkordfähige Teuerungszulagen zur Auszahlung gebracht, und zwar bis einschließlich 8. Juni 1923 für jede geleistete Arbeitsstunde.

Ab 10. Juni 1923 erhöht sich diese Teuerungszulage um 400 Mk. auf 1200 Mk. in der Spitze, so daß ab 10. Juni bis auf weiteres folgende Teuerungszulagen zur Verrechnung kommen:

(Es folgen die einzelnen Sätze der Zulage.)

Dresden, den 18. Juni 1923

Die vereinigten Arbeitgeberverbände der sächsischen Metallindustrie.

In ärgerer Weise ist wohl noch niemals die Wahrheit verbogen worden. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit? Am 2. Juni 1923 teilten die Dresdner Metallarbeiter die Lohnforderungen bei dem Verband der Metallindustriellen mit und teilten ihm gleichzeitig mit, daß sie den behördlichen Schlichtungsausschuß in dieser Sache angerufen haben. Teils vorher, teils einige Tage später ist es auch in den Tarifgebieten Aus, Chemnitz, Bautzen und Zwickau erfolgt. Es wäre also sehr gut möglich gewesen, entweder durch stete Verhandlung oder durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses die Löhne festzulegen. Was aber taten die Unternehmer? Sie wandten sich nach Berlin an das Reichsarbeitsamt persönlich wie auch schriftlich und durch diese Politik wurde der Weg der freien Verhandlung, wie auch die Erledigung durch den Schlichtungsaus-

schuß hinterzogen. Man muß es schon als eine hahnensichere Behauptung bezeichnen, wenn man behauptet, daß durch das Verhalten der Vertreter des Metallarbeiterverbandes die endgültige Lohnregelung hinausgeschoben worden ist. Die Politik des Hinauschiebens haben die sächsischen Metallindustriellen bereits schon einmal betrieben, wodurch die Metallarbeiter Sachens geradezu genötigt worden sind.

Die Unternehmer verhalten sich hinter Formalien und das Reichsarbeitsministerium ist ihnen gefolgt, wie aus der vorstehenden Bekanntmachung ersichtlich.

Was ist nun eigentlich das Streitobjekt? Die Unternehmer verlangen zentrale Verhandlungen und einen Landesstarif. Die Arbeiter lehnen beides ab. Seit über vier Jahren wird in der sächsischen Metallindustrie beständig verhandelt und eine zwinzende Notwendigkeit, davon abzugehen, liegt nicht vor. Die Unternehmer behaupten wohl die Notwendigkeit, aber Beweise dafür erbringen sie nicht und sind auch nicht zu erbringen! Was man nicht kann erzwingen, will man nunmehr erzwingen. In der Dresdner Metallindustrie, soweit die Betriebe der andern Unternehmerorganisation dem Arbeitgeberverband angehören, es handelt sich um Betriebe, die circa 32 000 Arbeiter beschäftigen, ist man in freier Vereinbarung zur Regelung der Löhne und auch zu neuem Tarifabschlüssen gekommen. Der Verband der sächsischen Metallindustriellen will aber einen Landesstarif und die Löhne zentral festsetzen. Es ist klar, wenn die Löhne zentral festgesetzt werden sollen, ist die Voraussetzung auch ein zentraler Tarif, das heißt ein Landesstarif. Es ist den Metallarbeitern bekannt, daß das Bestreben der sächsischen Metallindustriellen dahin geht, die bisher bestehende 48stündige Arbeitswoche in die 48stündige umzuwandeln. Bei der Verhandlung am 12. D. M. im Arbeitsministerium ist auch dem Unternehmer in unverständlicher Weise gesagt worden, daß letzten Endes der zentrale Tarif, wie auch die zentralen Verhandlungen in der Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit ihren Brennpunkt haben. Die Unternehmer bestreiten das; bestreiten ist aber nicht widerlegen. Eine klipp und klar Erklärung, daß durch zentrale Verhandlungen bzw. durch Landesstarif die bisherige Arbeitszeit nicht angefastet werden soll, wurde nicht abgegeben. Man kann daraus ersehen, wohin der Weg führen soll.

Nun haben die Unternehmer eine provisorische Lohnregelung getroffen. Diese Lohnregelung bestreitet die Metallarbeiter in keiner Weise, was durchaus begreiflich ist angesichts der mehr als ungeheuerlichen Teuerung. In der Dresdner Metallindustrie wurde dem Arbeitgeberverband eine 50prozentige Lohnverhöhung vereinbart, die zwar inwischen überholt, aber nach den Bestimmungen des Tarifvertrages akkordfähig ist. Die Zulage des Verbandes der Metallindustriellen ist zwar nur um ein wenig geringer, aber sie ist nicht akkordfähig. Die Arbeiterkraft, welche in den Betrieben des Verbandes der Metallindustriellen beschäftigt ist und in Akkord arbeitet, hat dadurch einen Vermögensverlust, der sich auf 15—25 000 Mk. pro Woche beläuft. Wenn es in der Bekanntmachung der Unternehmer heißt, daß diese Zulage eine provisorische Lohnverhöhung darstellt, so steht die Arbeiterkraft diesem Provisorium mit äußerster Skepsis gegenüber. Sie hat genügend Erfahrung darin, daß die Unternehmer im Allgemeinen meistens klüger sind, bei Nachzahlungen aber ihre Klugheit nicht noch um ein erhebliches aufzuheben wird.

Die unterzeichnete Kommission hat beschlossen, sich nach wie vor gegen zentrale Verhandlungen zu wenden, sie ist nicht bereit, einen Landesstarifvertrag abzuschließen und wird die Form der zeitigen Lohnverhöhung in ihr geeignet erscheinender Weise beantworten. Die Arbeiterkraft wird durch ihre zeitlichen Verhandlungen bzw. durch allgemeinen Aufruf von den Schritten informiert werden, welche die Verbandsleitung für notwendig erachtet. Es kann auf die Dauer so nicht fortgehen, daß seitens der Unternehmer kurzschabig diktiert wird, in welcher Form Verhandlungen geschlossen werden sollen und in welcher Form Tarife abgeschlossen werden. Die Arbeiterkraft wird sich ihre Bestimmungsrecht nicht durch ein Diktum der Unternehmer einschränken lassen. Die Bestreben der Betriebe dürfen nicht auf eigene Faust vorgehen, sondern haben sich kritisch an die Anweisungen der Verbandsleitungen zu halten.

Die Streiklage in Oberschlesien.

134 Prozent Lohnverhöhung.

SW. Glindeburg, 14. Juni. Der Streit laut allgemein ab. Im Vergleich zum Mittwoch war die Wiederaufnahme der Arbeit, insbesondere in der Metallindustrie, am Donnerstag erneut um 20 Prozent gestiegen. Insgesamt arbeiten in der Metallindustrie bereits am Donnerstag wieder weit über 50 Prozent der gesamten Betriebskräfte. Zu diesem Rückgang der Streikbewegung haben die am Mittwoch in Glindeburg zum Abschluß gekommenen Lohnverhandlungen für die Eisenhütten nicht unwesentlich beigetragen. Während die wilde Streikleitung im Verkauf der Verhandlungen nur eine 100prozentige Erhöhung der Metalllöhne verlangte, gelang es den Gewerkschaften, eine durchschnittliche Erhöhung von 134 Prozent zu erzielen. Der wilde Streik hatte auf die Verhandlungen nicht den geringsten Einfluß. Augenblicklich rufen die Gewerkschaften ihre Aufmerksamkeit besonders darauf, für die Arbeiter, die in den Streik getreten wurden, den Urlaub zu sichern. Ob das gelingt, ist fraglich. — Es ist zu erwarten, daß die wilde Streikleitung in Anbetracht der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag zum Abbruch des Streiks auffordert.

Der Streik im Freileitungsgewerbe so gut wie beschlossen.

Am Mittwoch, dem 13. Juni, wurde für das Freileitungsgewerbe in Leipzig ein neuer Schiedsspruch gefaßt. Dieser besagt sich zwar mit einer Verringerung der bisherigen Lohnsätze, von einer eigenartigen Verbesserung der Löhne kann aber beim besten Willen keine Rede sein. Der Spitzelohn wird auf 87 000 Mk. für männliche und auf 69 781 Mk. für weibliche Angestellte festgelegt. Die am gleichen Tage stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Arbeiterverbandes für das Freileitungsgewerbe und Haargebäude besaß sich eingehend mit diesem Schiedsspruch und kam zu der Überzeugung, daß es sich eigentlich um einen Schiedsspruch für die Interessen der Unternehmer handelt, da die kleine Lohnzulage diesen Gelingen der Unternehmerhandlung als Preis für die Erhöhung der Löhne angesehen werden kann. Die Preislegenheit zu einer ganz wesentlichen Preisverhöhung gab. Die Preise in den lukrativen Stadtbetrieben werden sich künftig dem Dollarstand anpassen, während die Arbeitslöhne noch nicht einmal einen Vergleich mit den derzeitigen Sätzen der Erwerbslosenunterstützung standhalten. Demzufolge wurde der Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Weitere Maßnahmen wird die Sitzung der Funktionäre beschließen. Die Stimmung der Kollegen ist aber in der Verammlung so klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, daß bestimmt mit der Arbeitseinstellung gerechnet werden kann. Unsere Kollegen sind der Meinung, daß sie infolge der hiesigen Verhältnisse den Streik der Arbeiter bereits so weit an Hunger und Elend gewöhnt sind, daß ein Streik mit Verlässlichkeit zu erwarten ist. Die Einstellung der Unternehmer bei den Verhandlungen hat dazu beigetragen, daß die Streikstimmung erzeugt wurde. Die Herren Schubert, Otto-Schiff-Straße, S. a. b. e. l., Reichstraße, und R. v. B. e. r. e. n. haben ihr wesentliches Teil dazu beigetragen, daß die Verhältnisse sich so gestalten konnten, wie sie heute sind. Wie unaußer die Kampfesweise dieser Herren ist, zeigt, daß sie unsere Kommission mit Schlagworten, wie Spitzel, Verräter usw. beschwerten. Der Verbandsleitung macht man den Vorwurf, daß sie kommunistisch sei und dadurch die Aussicht gewährt, daß die Herren mißhandelt werden können. Dabei ist nicht ein einziger Fall bekannt, wo sich unsere Kommission zu solchen Handlungen hinrichten ließ. Nicht einmal andeutungsweise ist davon die Rede gewesen, dagegen waren aber in den Reihen dieser Herren bereits die wahren und brutalsten Verhandlungen ihrer Kollegen zu verzeichnen. Da ist es zu verstehen, wenn selbst die sonst so harmlosen und leicht zu befriedigenden Freileitungsgewerkschaften rehellisch werden und sagen: Wir machen nicht mehr mit. Der Arbeiterkraft empfehlen wir, sich die Betriebe dieser Herren, welche meist mit unorganisierten, indifferenten Leuten besetzt sind, einmal eingehend zu betrachten.

Was besonders trifft letzteres bei Herrn Schnabel zu, welcher Haupt, seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes gestattet ihm nicht, organisierte Leute einzustellen, da diese kein Vertrauen besitzen. Arbeiter! Parteigenossen! So urteilt ein Leipziger Barbiermeister über die Organisationen. Zeigt diesen Herren, daß die in diesen Betrieben untergebracht sind, die Saboteure jeder vernünftigen Lohnpolitik sind. Unterstützt uns in dem ihr alle Betriebe meldet, in denen Streikbrecher beschäftigt werden.

Arbeiterverband für das Fleischer- und Haargewerbe.

Hausangestellte! Der Zentralverband der Hausangestellten, der als Sektion dem Deutschen Verkehrsbund angeschlossen ist, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftlichen Interessen der Hausangestellten gegenüber den Haushaltungsvorständen zu vertreten. Vor allen Dingen bemüht sich der Zentralverband der Hausangestellten, die Entlohnung der Hausangestellten den Zeitverhältnissen anzupassen und durch tarifliche Vereinbarungen mit den in Frage kommenden Hausfrauenverbänden festzusetzen. Die Arbeiterkassen werden deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, ihre Mitglieder dem Zentralverband der Hausangestellten anzuschließen. Die Aufgaben, die sich der Zentralverband der Hausangestellten stellt, können nur erfüllt werden, wenn die Hausangestellten in ihrer überzogenen Mehrheit sich hinter den Verband stellen.

Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß für Sonntag, den 17. Juni 1923, ein gemeinsamer Nachmittagspausengang geplant ist. Die Mitglieder treffen sich nachmittags 4 Uhr am Allen Theater.

Ausführung in allen Fragen, die die Hausangestellten betreffen, werden im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Hausangestellten, Sektion im Deutschen Verkehrsbund, Fehrer Straße 32, II. Zimmer 43, während der Bürozeiten von 9 bis 12 Uhr und von 4 bis 7 Uhr unentgeltlich erteilt.

Achtung, Steinbrüchlerpersonal! Bei der am 14. Juni 1923 abgehaltenen Lohnverhandlung ist mit dem Verein Leipziger Steinbrüchler Personal vereinbart worden, daß auf die am 28. Mai

abgeschlossenen Löhne weitere 60 Prozent zu zahlen sind, und zwar ab 9. Juni. Lohnsätze sind ab 15. Juni im Bureau abzuholen. Die neuvereinbarten Löhne sind bis Montag, den 18. Juni, an die Kollegschaft zur Auszahlung zu bringen. Die Verwaltungen sind verpflichtet, ihre Geschäftsführungen zu veranlassen, daß dem nachgekommen wird. Die Lohnkommission.

Buchhandlungs- und Buchbindereimärkte! Die Lohnbewegung ist beendet. Tarifverträge können im Verbandsbureau gegen Mitgliedsbuch während der üblichen Bürozeiten (9-12, 4-7 Uhr, Sonnabend 9-2 Uhr) abgeholt werden.

Deutscher Verkehrsbund.

Achtung, Bauarbeiter! Die Baustelle der Firma Sommer, Laitte bei Müller & Co. in Schleuditz ist wegen Differenzen bis auf weiteres gesperrt.

Betriebsbesetzung! Wegen der Streiks des Fleischermesters Richard Simon u. Puzen, Torgauer Straße 2, wird hiermit die Arbeit verhängt, kein Fleischergelüste darf in diesem Betriebe Arbeit aufnehmen.

Der Fleischermester Simon, Kriegsgewinnler und Heimkrieger, beschäftigt 4 Gesellen, 2 davon sind verheiratet. Da diese beiden etwas nach dem Rechte sahen, wurde ihnen einfach von Herrn S. gekündigt. Bei S. wird täglich 11 bis 12 Stunden gearbeitet. Wochentlich wird bis zu 20 Stunden die gesetzliche Arbeitszeit überschritten. Auch an Sonntagen wird gearbeitet. Hieran scheint die Gewerkepolizei von Wurz noch gar nichts gemerkt zu haben! Wie die Arbeitszeit, so das Essen. Es ist kaum glaublich, daß in einer Fleischerei die Gehilfen noch Würst mitbringen müssen, um überhaupt welche essen zu können und doch ist es bei S. so. Eine einzige Schmitze Brot und Marmelade, das ist die Frühstück. Die Wohnung der Gehilfen ist nicht besser. Die Gehilfen müssen die Betten mitbringen, reingemacht wurde erst in letzter Zeit etwas. Daß auch Schlage angeboten werden, was es gewohnt worden kann, ist selbstverständlich. Herr S. gehört mit zu der schlimmsten Sorte der Ausbeuter. Auf der einen Seite gewissenlose Ausnutzung der Arbeitskraft und schlechte Entlohnung und andererseits Anbahnung von Reichtum in Schwerten. Gewerkepolizei und wohl auch die Steuerbehörde hätten hier eine dankenswerte Aufgabe zu erfüllen. Dem Verbandswortführer hat verstanden, die Angelegenheit zu regeln, was

dieser Unternehmer zu Folge, gegenüber zu treten. Er schickte seine Frau vor, welche höchst ungünstig die Organisation geist und nichts an, wenn mein Mann da wäre, würden sie rausfliegen.

Seine Waren geht dieser Ausbeuter in Leipzig ab, und zwar in der Markthalle, Stand Karl Ortel und im Delikatessengeschäft von Tschornke, Grimmaischer Steinweg.

Wir bitten um strenge Solidarität.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Leipzig

Der Streik auf dem Bremer „Duffan“ ist beendet worden. Für die Beendigung des Streiks stimmten 1100 gegen 700 Arbeiter. Infolge der langen Betriebsstilllegung durch den Streik konnten 150 Arbeiter bei Wiederaufnahme der Arbeit vorläufig keine Beschäftigung erhalten.

Der Landarbeiterstreik in Schlesien fällt trotz der für die Streikenden ungenügenden Witterungsverhältnisse immerhin an. Im Landkreis Neumark und in verschiedenen andern Kreisen Mittelschlesiens kam es zu Zusammenstößen zwischen den streikenden Landarbeitern und den durch die Unternehmer verwandten Selbsthülfern, wodurch mehrfach Eingriffe der Polizei notwendig waren.

Veranstaltungskalender.

Freitag, den 15. Juni.

Ortsverein L.-Ost, Rablers Festtage, 1/8 Uhr.
Verkehrsbund (Zeitungsabnehmer), Volkshaus, 1/8 Uhr.

Sonnabend, den 16. Juni.

Maschinen und Seiler, Volkshaus, 1/7 Uhr.
Heizungsmonteur und Seiler, Volkshaus, 8 Uhr.
Hausbesitzer-Vereinigung und Eltern, Volkshaus, 1/7 Uhr.
Eltern der Kleiner-Gelehrt, Volkshaus, 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Arbeiter! werbt neue Volkszeitungsleser.

Prisma-Palast
Dresdner Str. — Eingang Antonstr.
Freitag, den 15. Juni
bis Montag, den 18. Juni
Der große Singspiel-Film
Der Spielmann
7 große Akte mit Gesang
4 erste Berliner Sängerinnen
Dazu:
Fatty als Koch
2 Akte
Anfang 8 und 8.20 Uhr

Amtliche Bekanntmachungen.
Mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab wird die bisher durch die Unterzeichneten durchgeführte Gas- und Stromversorgung im Bezirke der Gaswerke Wöllitz, Ehrenberg, Engelshof, Großschöder, Wahren und Jentlau bezw. im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig durch die **Energie Aktiengesellschaft Leipzig in Deutscher Marktliebberg** (Vertrauf 71901) übernommen.
Die Ausübung der Rechte und Pflichten aus den Gas- und Stromlieferungsverträgen wird vom gleichen Tage ab der Energie Aktiengesellschaft Leipzig in Deutscher Marktliebberg übertragen. Letztere tritt in die Rechte und Pflichten der Unterzeichneten aus diesen Verträgen ein.
Deutscher Markt, Leipzig, 15. 6. 23
Der Vorstand des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswesen Leipzig-Land.
Höringer Gasgesellschaft.
H. Weigel, D. Weber.
Unter den Schweinebeständen des Gutsbesitzers D. Berndt in Lindenthal, Hauptstraße 50, und des Privatmanns

M. Mutschke selbst, Erster Platzstraße 5, Leipzig, am 14. Juni 1923.
Die Umstehende.
Direkt von der Mühle
kauen Sausrauen,
Restaurants, Viehhalter
Mehl :: Griech :: Graupen
:: Futtermittel ::
in meiner Niederlage
Gutbürger Straße 1
Ede Parthenstraße
Hochhelmer
Mühlenwerke
Wilhelm Knoefel :: Fernnr. 12048
Von 1-3 Uhr geschlossen

Empfehle für diese Woche
prima frisches
Schweinefleisch
Pfund **11000 Mk.**
Robert Röser, Fleischermester
Walwitzstraße 2.
Achtung!
Eröffnen am Sonnabendmittag unsere
2. Filiale
für Damen-Moden und Putz
Sonnabend, Montag, Dienstag
3 billige Tage!
Unser geachteter Kundenschaft wird
beste Bedienung zugesichert und
bittet um gütigen Zuspruch.
A. Frank und Frau
Kleinzechocher, Dieskaustr. 63

Zahnpraxis.
Bis auf weiteres halte Sprechstunde
1-8 Uhr nachmittags und
8-2 Uhr Sonnabends.
Andere Zeiten erbitte vorherige
Anmeldung. Telefon 10704.
Fritz Müller, Dentist, Zeitzer Str. 39.
Nach kurzem schwerem Leiden
entschied heute mein lieber Mann unter
guter Vater, Bruder, Schwägerin,
Schwäger u. Onkel, der Dreißiger
Hermann Pannicke
2. Meudnis, den 14. Juni 1923
Ritterstraße 108, II.
In tiefstem Schmerz
Marie Pannicke und Kinder
nebst allen Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Sonnabend,
den 16. Juni, nach 3 Uhr, statt.
Blumenpenden werden dankt, abgei.
- Die Sängin von Thon-Sidertich
treffen sich 1/3 Uhr Sildfriedhof.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote
Perfekte Lumpensortiererin
aber nur solche
wird gegen gute Bezahlung sofort
gesucht.
Grimm
29 Lessingstraße 29.

Trotz des hohen Dollarkurses
kaufen Sie noch sehr preiswert
Stoff-Manchester Anzüge
Pilot-, Sport- und Militär-Hosen
Jagd- und Sommer
Schlupfer-Joppen für Sommer
u. Gummimäntel
Gebrüder Sprung
Windmühlenstraße 43 Gerberstraße 10
Telephon 28390.

Sommer-, Manchester-, Loden-Milch- und Sport-Stoff-Anzüge u. Hosen
alle Arbeits- und Berufskleidung verkauft billig
Wadewitz, Bayerische Straße 24
an der Hohen Straße.
Händler u. Wiedervorkäufer Preisermäßigung.

Anzüge Hosen Sommer-Joppen
Berufskleidung
Sobu he spottbillig
bei Zahlungsvereinfachung
ohne Aufschlag
bei **Kanner**
nur
Eisenbahnstr. 5

Kupfer, Messing, Zinn Zink, Blei
verkauft Sie am vorteilhaftesten
in der Verwertungszentrale
Querstr. 35, nur im Laden Tel. 27817

Röcke
sehr preiswert!
Etagen-geschäft Kübel
Kolonnadenstraße 32, I.
Zahl.-Erleichterung!
Hrn. Garderobe
all. Art. Große Ausw.
Hahn
8 Johannipl. 8
hinter der Kirche.

Mlesto, Burgstr. 16, I
Herrsch-Anzüge
Rock-Paletots, Schlupfer
Bauch Anzüge
gestreifte Kammer-
Sport-Manschester-
Hosen
Cutaway, Smoking, Fracks, Geh-Röcke
auch leihweise, sehr preiswert
Teilzahlung ohne Prospektzuschlag
Damen-Mäntel Kleider Kostüme Hüde Jumper Strickjack. Kinn Spesen, dah, evs, preiswert auf Zahlungsvereinfachung ohne Prospektzuschlag
im Etagen-geschäft
bei **E. Uiber**
Gohl., Gottschalkstr. 12, III.
Straßen 12 u. 20
Legen zurück
bei Anzahlg.
Schlupfer
Rock, Pal.
Anzüge
u. Fr. Beach
Cutaway
m. Wasse
Gummimantel.
Hosen
aller Art.
Gesellschafts
Anzüge
Jahreszeiten

Sonder-Angebot!
nur wenige Tage gültig.
Damen-Konfektion und -Putz
Sommer-Blusen, einfache Ausführung 10000, 16000, 24000
Sommer-Blusen, elegante Ausführung 34000, 64000, 80000
Sommer-Röcke, hell und dunkel 30000, 45000, 75000
Wasch-Kleider, einfache Ausführung 30000, 44000, 50000
Sommer-Kleider, elegante Ausführung 70000, 98000, 120000
Sommer-Hüte, solide Formen 4000, 12000, 20000
Sommer-Hüte, eleganteste 30000, 40000, 80000
Turn-Blusen
für junge Mädchen
aus pa. Hemdentuch nur **24000.-**
Wollmäntel, Wollkleider, Wollröcke enorm billig.
Hermann Liebau, Roßplatz 8, I.
Nur Erste Etage, kein Laden.
8 an Sie bitte auf Hausnummer 8

Damen-Mäntel Kostüme Kleider Röcke Blusen Herren-Anzüge Schlupfer Cutaways Hosen
Gummimäntel
sehr billig bei Zahlungsvereinfachung ohne Prospektzuschlag
K. Hertlein
Eisenbahnstr. 33 II.
neu, Gollat, vt. bill. Sofas u. Matratzen aufpolst. in u. außer d. Paule, Lind., Gemeindegasse 21 u. 2. geb. Federbetten zu verl. Kaiser-Wilh.-Str. 25, Sout. b. Denfel
H. D. Sola, Gohl. bill. Dresden Str. 23, S. I.
1. Jahne Hüde bill. Duraner Str. 109, p. I.
Guterh. Kinderwan. bill. zu verl. Anger, Steinberg Str. 4, p. I.
Kinnb. vt. Wödem. Gohl. Str. 8, b. Kellel.
El. Kinderb. 120000, Kinnb. m. Verbed 50000, Kinnb. 10000
2. geb. Birkenstr. 8, vt. Kinnb. m. wach. 10000
in Dunde, St. 2000, 4
Lind., Birkenstr. 8, p. I.

Fidel, Samler, Sanin
sowie alle anderen Werte taufst stets
Fritz Köhler, L-Anger
Spichernstr. 7 Tel. 60428 Spichernstr. 7.*

Alte Fahrräder
als Herr. u. D. Ader Transport- u. Kinder-
räder, auch leicht,
sowie alle Teile taufst
bits und holt ab*
Baumgartner, Gr.
Fleischergasse 2, Land.
Gold- u. Silberwar.
Gebisse, Uhren taufst
Krey
Seeburgstr. 28, Lad.
Schafwolle
gew. u. ungew. taufst
Wiegler, Mühlentstr. 31
Telephon 13299

Wandgefäße
bel. preiswert u. gut
Wiederaufbehalten
Kaufgesuche
Garderobe, Betten,
Küch. Leih-Sch.
taufst Ranfsoho 8, S. p.
hinter Wartenberg.
Anzüge, Wäsche, D.-Rad
Lohnausch. Kf. Kappo
Hörn. Str. 11, T. 26104.
H. D. Sola, Gohl. bill.
Dresden Str. 23, S. I.
1. Jahne Hüde bill.
Duraner Str. 109, p. I.
Guterh. Kinderwan.
bill. zu verl. Anger,
Steinberg Str. 4, p. I.
Kinnb. vt. Wödem.
Gohl. Str. 8, b. Kellel.
El. Kinderb. 120000,
Kinnb. m. Verbed
50000, Kinnb. 10000
2. geb. Birkenstr. 8, vt.
Kinnb. m. wach. 10000
in Dunde, St. 2000, 4
Lind., Birkenstr. 8, p. I.

Anzüge Schlupfer Hosen
Schlosseranzüge
Sommerjoppen
sowie Sportosen
sowie alle Art taufen Sie sehr
preiswert. (auf Wunsch
Zahlungsvereinfachung)
bei **Gothelf**
55 Kirchstraße 55

Immer noch alte Preise trotz Dollarhaussa in Anzügen Hosen :: Joppen Gummimänteln Lodenmänteln Schlupfern Käte Thleme Sporanzee 10, I.

Sie kaufen gut und billigst!
Sport- und Berufskleidung
Sport-Anzüge in Cord, Manchester u. Stoff, desgl. Sport- u. Brech-Hosen für Damen u. Herren, Studien, Wickel- u. Lederhosen, Gürtel, Rocke, Loden-Sport-Jack. u. -Mäntel, Mägen, Oberhemden in Seppit, Vertal u. weis. Gummimäntel f. Damen u. Herren, Elegante Schlupfer, Jacken u. Sport-Anz., Cutaway m. gestr. Hufe, Sommer-Regen-, Jeltpl., Jagd-Regen-Jackets u. -Hosen, Knaben-sachen, Schauffeur-, Monteur-, Schlosser-, Maurer-Anzüge, Pilot-Dressjacken u. -Hosen.
Walter Fritzsche, Kurprinzstr. 22
L.-N., Eisenbahnstr. 10; L.-L., Henricistr. 4; L.-R., Frommannstr. 12
Oeba auch an Wiederverkäufer ab
Tel. 20044

Wohnungstausch.
Suche: Wohnung in Leipzig
Lage gleich.
Biete: Ger. Wohn. auf d. Lande
mit schönem Garten.
Umzug wird vergütet. - Bitte Off. unt.
F. 50 an d. Exp. d. Bl., Tauchaer Str. 19/21

Armenpflege.

Von Karl Marchionini. (Schluß.)

Die Herren lachten und der Armenrat griff nach einem andern Aktenschild. „Hier werden zur Bekleidung eines Pflegekindes zehn Mark verlangt.“ „Dafür kann doch kein Kind bekleidet werden“, meinte Herr Wittich. „Es ist der übliche Satz!“ erwiderte der Armenrat. „Und die Teuerung?“ „Nicht schon berücksichtigt. Wir zahlten früher bloß sieben bis acht Mark. Und die Leute sind mit den zehn Mark zufrieden. Auf mehr rechnen sie nicht.“ Der Armenrat mühte in weiteren Aktenschilden, und es wurden noch eine Reihe Jutte erbeugt. Vor Schluß der Sitzung ergriff der Vorsitzende das Wort und sagte: „Meine Herren, ehe ich die Sitzung schlicke, muß ich Ihnen mitteilen, daß Herr Schulz, unser bewährter Mitarbeiter, heute zum letzten Male unter uns weilte.“ „Ach!“ riefen mehrere Herren. „Ja, Herr Schulz verläßt uns, um sich freiwillig zum Heeresdienst zu stellen.“ „Jetzt, wo der Krieg bald zu Ende ist“, taunte ein Armenpfleger seinem Nebenmann ins Ohr. „Herr Schulz ist ja“, antwortete der Nachbar leise, „dienstpflichtig. Er wird sowieso bald eingezogen.“ „Herr Schulz geht“, sprach jetzt der Armenrat, „zur Artillerie. Er tritt in das Regiment ein, in dem einer seiner Vorfahren den Heldentod erlitten hat. In dem Geiste dieses Tapferen wird Herr Schulz weiter kämpfen zur Ehre und zum Ruhm unsres Vaterlandes.“ „Bravo!“ rief das Fräulein. Dann stand es schnell auf, ging auf Herrn Schulz zu und reichte ihm die Hand. Herr Schulz erhob sich und bald war er von allen Seiten umringt. Man gratulierte ihn zu seinem Entschluß. „Meine Herren! Ich habe Ihnen noch etwas zu sagen“, fuhr der Armenrat fort. „Ich war heute beim Stadtrat, unserm Deputierten, der sagte mir, es sei Aussicht vorhanden, daß nunmehr auch Armenpfleger vom Heeresdienst zurückgestellt würden. Sie wissen ja, wie unsere Reihen gelichtet sind, und daß wir bald keine Armenpfleger mehr haben. Wir brauchen die Herren aber sehr nötig, denn auch die Armenpflege ist bis zu einem gewissen Grade Kriegsbedienstet.“ Herr Schulz drängte sich an den Armenrat heran, packte seine rechte Hand, schüttelte sie und sprach: „Schönen Dank auch für die wunderwolle Rede.“ „Es waren ja bloß ein paar Worte.“ „Eine ganze Rede war's, und sie hat mich bewegt.“ „Ihr Entschluß verdient auch die vollste Anerkennung.“ „Reden Sie davon nicht mehr, Herr Armenrat. Was sagen Sie aber davon, was Ihnen der Herr Stadtrat mitgeteilt hat? Ganz interessant! Hätte schon viel früher kommen müssen.“ „Selbstredend.“ „Als ich in voriger Woche beim Herrn Stadtrat war, und ihn ausdrücklich darüber befragte, wußte er nichts davon. Also die Armenpfleger können jetzt auch rekrutiert werden?“ „Das ist noch nicht bestimmt.“ „Doch so gut wie sicher. Haben Sie bereits einen Nachfolger für mich in Aussicht genommen?“ „Nein! Es ist schwer, einen Herrn zu gewinnen.“ „Das glaube ich. Sie brauchen sich dabei nicht zu berücken.“ „So!“ „Es ist doch auch möglich, daß ich gar nicht zum Heeresdienst genommen werde.“ „Herr Schulz! Ich würde mich sehr freuen, Sie als Armenpfleger zu behalten. Sie sind einer meiner tüchtigsten Mitarbeiter.“ Herr Schulz brückte dem Armenrat besonders warm die Hand. „Wir sprechen noch in den nächsten Tagen darüber.“ „Natürlich! Sehr gerne!“ „Es ist die höchste Zeit, daß wir gehen“, meldete sich Herr Bertram. „Jetzt kommt der Dämmererschoppen heran“, sprach lächelnd der Armenrat, der sich jetzt Herrn Bertram näherte, und leise zu ihm sagte: „In den letzten Tagen traf ich Ihre liebe Frau, und die erkundigte sich nach der Dauer unsrer Sitzungen.“ „Das ist Amtsgeheimnis!“ „Selbstverständlich!“ „Sehen Sie mal meine Frau an. Die fängt an zu denken -- nach zwanzig Jahren zum ersten Male.“ Der Armenrat lachte. „Ich lege mein Amt nieder, wenn ich um die Nachsicht komme.“ Berührend klopfte der Armenrat Herrn Bertram auf die Schulter. „Dann brachen die Herren auf. Sie traten den Weg zum Dämmererschoppen an.“

Entschiedene Schulreform.

Mit ernster Sorge überblicken wir den Weg, den die Schulreform seit der Revolution gegangen ist. Durch einen frühen Anfang ist -- namentlich in der Volksschule -- so mancher Stein aus dem alten Schulgebäude herausgerissen worden, und die Bauleute gingen mit einer Großzügigkeit an den Neubau, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. So wurden viele Einrichtungen und Mängel beseitigt, die einer Reform hindernd im Wege standen. Der Einfluß der Kirche wurde fast ausgeschlossen. Die Trennung der Kinder nach Vermögens und Stand der Eltern wurde zum Teil aufgehoben. Die starren Bindungen an Lehrplan und Methode wurden durch freiere Arbeitsmöglichkeiten ersetzt. Die Eltern können durch ihre Vertretungen im Elternrat sich an der Schularbeit beteiligen. Eine ganze Reihe von Verbesserungen -- und doch Sorge um den Weitergang der Reform! Die allgemeine deutsche Not drängt an sich das Interesse an Schulproblemen zurück. Regierungen und Parlamente sind mit andern, angeblich wichtigeren Arbeiten überlastet. Dazu sind starke Kräfte am Werke, die erreichten Reformen wieder zu beseitigen. Tatsächlich bröckelt es ja schon am Neubau, bei dessen Fundamentierung bereits in der Reichsverfassung ein nicht gut zu machender Konstruktionsfehler unterlaufen ist (§ 146,2 und § 149). Jeder weitere Fortschritt muß in langwierigen, zermürbenden Kämpfen errungen werden. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz über die Lehrerbildung, das nun einige sozialistische Landesregierungen zum Teil gegen Hochschulgutachten durchgedrückt haben. An den Plänen für deutsche Oberschule und Aufbauschule wird so lange herumgeballt, daß schließlich nur noch Karikaturen der ursprünglichen Absichten übrigbleiben. Am deutlichsten beweisen aber die Verhandlungen über ein Reichsschulgesetz im Bildungsausschuß des Reichstags, wie die wieder fest im Sattel stehende Reaktion rücksichtslos allen Reformwillen unterdrückt, wie sie den Schulparagrafen der Reichsverfassung Auslegungen unterstellt, die 1919 der schärfste Verstand nicht für möglich gehalten hat. Es gilt also weiter zu arbeiten und zu kämpfen für den Fortschritt im Bildungswesen. Dem Wühlen der Reaktion muß man den Willen zu einer entschiedenen Schulreform entgegenstellen. Die Organisationen der Volksschullehrer und ein kleiner Teil der Oberlehrer sind ständig am Werke. Aber es ist nötig, daß den Lehrern das peinliche Gefühl erspart wird, als dienten sie in ihrem Kampfe ihrer eignen persönlichen Sache. An der Schule müssen alle interessiert sein. Mit dem platonischen Ausruf: „Unsre Jugend ist unsre Zukunft!“ ist es nicht getan. Ein Volksbund muß die Sache der entschiedenen Schulreform in die Hand nehmen. Er ist heute nötiger denn je. Es gilt, gegenüber allen Mächten der Dunkelmänner wieder einmal das Schulidealbild herauszustellen, das bei allen Reformarbeiten die Richtung angibt. Der „Bund entschiedener Schulreformer“, der nicht ein Lehrer, sondern ein Volksbund sein will, wird jetzt auch in Leipzig seine Arbeit wieder aufnehmen. Er verdient die tätige Unterstützung aller Volksgenossen. S.

Kleine Chronik.

Deutsche Buchausstellung in Moskau. Die Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel in Leipzig schreibt uns: Der Plan, eine Ausstellung des deutschen Buches in Moskau zu veranstalten, ist in den beteiligten deutschen und russischen Kreisen seit längerer Zeit beraten worden. Im Mai dieses Jahres endlich wurden die Verhandlungen abgeschlossen und aller Voraussicht nach wird im Juli das Deutsche Buch 1914-1923 als ein Zeugnis deutschen geistigen Schaffens in Moskau gezeigt werden können. Deutscherseits liegt die Veranstaltung in den Händen eines besonderen Ausschusses des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, der den Namen führt: „Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel“ (Leipzig, Gerichtsweg 26), wovonherseits ist es die Firma G. m. b. H. zu Berlin, unter deren Leitung die Ausstellung erdrißt werden wird. In gemeinsamer Arbeit vereint werden die Vertreter beider Institutionen für eine dem Ansehen des deutschen Buches entsprechend würdige Gestaltung des Unternehmens Sorge zu tragen haben. Zur Verfügung steht das wohl allen Besuchern Moskaus bekannte Historische Museum am Roten Platz, nahe dem Krem, wo sechs zum Teil recht große Säle für die Zwecke der Ausstellung hergerichtet werden. Gezeigt wird vor allem eine Auswahl deutscher wissenschaftlicher Literatur aller Gebiete, nach der die russischen Gelehrten, Ärzte, Juristen, Ingenieure usw. hungern. Aber auch Romane, Musikbücher und Kunstblätter werden in bedeutendem Umfange vertreten sein. Endlich soll eine kleine Ausstellung das schönste deutsche Buch das Erlesenste an deutscher Buchkunst zur Schau stellen. Alle diese Bücher -- und das ist das Neue an dieser Ausstellung -- erhöht ihren Propagandawert -- setzen nicht wieder nach Deutschland zurück, sondern sind von russischer Seite bereits ange-

kauft und wandern in die großen und kleinen Bibliotheken des Landes. Es ist die erste Buchausstellung seit Jahrzehnten, die in Rußland geboten wird.

Leipziger Schauspielhaus. (M. S. Maugham, Der Kreis). Es war uns sehr angenehm, den Herrn Maugham aus England kennen zu lernen. Man ging hin, um ein wenig Lustigkeit zu suchen und fand (zwar nicht wie Saul ein Königreich, aber) einen guten Teil wirklichen Wises. In geschmackvoller Verbindung mit einer im Grunde recht ernsten Handlung. Gerade weil das Ganze so an spruchlos auftrat, wurde man mehr und mehr dafür eingekommen. Es ist gar nicht nötig (und möglich), daß alle Komödienschreiber den Geist Shaws haben, bereits Maughams Art genügt vollkommen, um eine Komödie lebensfähig und sinnvoll zu machen. New erzählt uns von seiner Reise im vergangenen Jahre böse Dinge vom englischen Theater; nun wird man nicht gerade nach London fahren, um sich Maughams „Kreis“ anzusehen, aber als Abschluß eines beachtenswerten Spielplans im Leipziger Schauspielhaus wird man dieses ernste Lustspiel gern sehen. Daß das immer als klug geklammerte Inselstück wenig Sinn für Poesie hat, ist nicht gerade erstaunlich (auch der jungen Frau im „Kreis“ ist es nicht gegeben, poetisch zu sein), aber etwas Komödienverstand möchte man ihm doch zutrauen. Der Wert des Stückes liegt im Dialog, kann also nicht durch Beschreibung mitgeteilt werden. Der Handlung folgt man nicht ohne Spannung. „Man kann nie wissen“ heißt ein Stück von Shaw, und auch bei Maugham kann man bis zum Schluß nicht recht wissen, wie die Sache nun eigentlich auslaufen wird. Dem Politiker Elise Champion-Cheney ist einst eine besitzend schöne Frau mit seinem Freunde Lord Porteous durchgegangen und hat ihm dadurch zudem noch seine Karriere verdorben. Als er sie nun nach ungefähr dreißig Jahren im Hause seines (und ihres) Sohnes Arnold wiedertrifft, da kann der gut erhaltene, kluge alte Herr eine späte Rache nehmen. Denn die Ehe der beiden ist alles andere als erfreulich; seine einstige Frau ist körperlich und seelisch verstimmt und Lord Porteous, der frühere Ministerkandidat, nicht einmal mehr ein Mitglied seiner ehemaligen Bedeutung. Die Sache ist also schief gegangen. Der Komödienzufall will nun, daß der feiste Sohn Arnold, der auch Politiker (wohl ein konservativer) aber sonst nichts ist, ebenfalls im Begriff steht, seine Frau an einen jungen, mittellosen Kolonialangländer zu verlieren. Also: das Fortbild der älteren wird wohl auch fühlend wirken und der geistreiche alte Elise Champion wird der jungen Frau durch geschickte Demonstrationen den Weg versperren? Ähnliches, sondern das gleiche Spiel wiederholt sich noch einmal. Es ist eben niemals das gleiche Spiel, Personen und Umstände machen es verschieden. Das ist gewiß keine tiefe Weisheit, aber es ist doch auch nicht falsch, und in der Komödie Maughams läßt es sich hören. Es läßt sich hören, zumal wenn so gut gespielt wird wie im Schauspielhaus unter der wohlthätigen, zurückhaltenden Regie von Paul Petersz. Franz Stein, der ironische alte Herr, Hanns Steiner, der stolze englische Sohn, Widenhain, die John-Bull-bogge mit fallchem Gebiß, Nora Kitzsch, das energiegeladene Frauchen, Albert Marrens, der draufgängerische Kolonialmannsch, das waren alles (in einiger Abfälschung) gelungene Leistungen. Von Stella Davids unerbesslicher Lady Katarina möchten wir gar nicht reden, denn wir können uns nicht an den Gedanken gewöhnen, daß es ihre letzte Rolle ist. E. J.

Altes Theater. Als letzte Vorstellung vor den Ferien kommt am Sonntag, dem 17. Juni, Gogols „Revisor“ in neuer Einstudierung zur Aufführung.

Eingelaufene Schriften.

Warum sind die Einigungsverhandlungen zwischen D. B. und A. D. B. gescheitert? Heft 2 der Schriftenammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Verlagsabteilung des A. D. B., Berlin NW. 52. Dr. Heinz Posthoff: Grundfragen des künftigen Beamtenrechts. Heft 3 der Schriftenammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Verlagsabteilung des A. D. B., Berlin NW. 52. Otto Kung: Als die Wasser fließen. Volksverband der Buchfreunde. Wegweiser-Verlag, G. m. b. H., Berlin. Edo Fimmen: Die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats. Vereinerung internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H., Berlin SW. 61, Planufer 17. Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgeschäft und Faschismus. Protokolle der Verhandlungen der internationalen Konferenz in Frankfurt a.M. vom 17. bis 21. März 1923. Vereinerung internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H., Berlin SW. Dr. Th. Meinede: Buchführung für Klein- und Großbetriebe. Verlag von Julius Springer, Berlin. Die Kommunistische Internationale: Jg. 4, Nr. 24/25. Verlag Karl Heym Nachf., Hamburg 8, Brandstüwe 58, IV.

John Dale

Von Einar Mittersten.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Wolf Heinrich v. d. Mühlbe.

John Dale stand mitten im Haufen und dachte eben darüber nach, ob er sich als Seemann zu erkennen geben sollte oder nicht, aber die letzten Worte des Schiffers ließen ihn alle Vernunft vergessen. „Was wir hier wollen? Und danach fragen Sie? Es sind wohl eher wir, die fragen sollten, wie wir hierher gekommen sind. Wir haben nicht nach Ihnen verlangt, aber Sie sind hinter uns her gewesen, wir sind gepreßt, Kapitän, jeder einzelne von uns, und das tut man nicht ungetraut!“ Der Schiffer stieß einen Pfiff aus. „Nein, sieh mal einer den Hundsdöck an, wie der kräht und das Maul aufreißt! So, ihr seid gepreßt, sagst du, und von mir? Nein, mein Freund, dazu bin ich zu klug, das kannst du glauben. Wenn ich eine Besatzung für diese Fregatte hier gepreßt hätte, so wäre das nicht so eine zusammengekaupte Bande geworden, wie ihr. Aber du mußt wohl was von der See verstehen, da du so gut Bescheid weißt -- was bist du denn, Mann?“ „Ich bin Seeoffizier“, antwortete John Dale rasch. „Und ich weiß, was das heißen will, eine Besatzung zu pressen. Das ist ein Verbrechen, das den Tod verdient, Kapitän, und Sie können darauf schwören, daß Sie die Fregate bezahlet werden, wenn wir einmal heimkommen, ob wir nun hier unter Ihrem Befehl stehen oder nicht.“ „Ja, wenn du heimkommst.“ schnauzte der Schiffer. „Aber wenn du so gut Bescheid weißt, dann kennst du dich wohl noch besser aus und hast vielleicht schon von Seeleuten gehört, die unterwegs krepiert sind. Es könnte doch leicht passieren, daß du krank würdest und vor uns andern in die Hölle fährst. Also wahre deinen Mund, die Luft auf einem Wasserschiff kann ungesund sein, für großschnauzige Dummel, die sich einbilden, Marineleutnants zu sein, wenn sie eine Nacht gekumpft haben.“

Dann wandte er sich mit einem drohenden Blick auf John Dale ab. „Das sind nun wenigstens zwei Seeleute“, brummte er, „sind noch mehr da? Antwortet, oder ihr bekommt es mit mir zu tun, ich habe keine Lust, hier zu stehen und den ganzen Tag zu schwätzen.“ Der Mann trat vor, aber die übrigen hatten in ihrem Beben noch nie ein Schiff betreten, und der Haufen wurde wieder nach vorn geschickt, nachdem ihnen der Schiffer noch einmal eingeschärft hatte, was ihnen passieren würde, wenn sie vergäßen, wer an Bord zu befehlen hätte. Aber John Dale wurde kurz darauf wieder nach hinten gerufen, in die Kajüte des Schiffers, Kapitän Johnes, hinunter. Lange war er dort nicht, aber als er wieder heraufkam, war sein Gesicht zerfurcht und das Blut lief ihm aus Nase und Mund. -- er hatte versucht, ein Mann zu sein und die Fregate zu regieren, aber sie waren ihm gesteht worden, ehe er sie noch wirklich ausgebreitet hatte. Der Weg von San Franzisko zum Beringmeer ist weit, und die „Beluga“ war ein schlechter Segler. Die Reise nahm Zeit in Anspruch und nach und nach lernte die Besatzung die Pflichten eines Wasserschiffers kennen. Bei stillem Wetter, wenn das Fahrzeug tot auf dem Meer lag, wurden die Boote heruntergehoht und die Mannschaft im Rudern geübt, aber wenn der Wind gut war und die „Beluga“ rasch über den Steven ihrem fernem Ziel entgegenkroch, hatten sie an Bord alle Hände voll zu tun, um alles klar zu machen zum Kampf mit dem Wal. Harpunen und Lanzen mußten geschossen und nachgesehen, Leinen ausgerollt, Boote bereit gemacht werden und die Besatzung wurde von brutalen Steuerleuten, Bootsführern und Harpunierern, die ihnen keinen Augenblick Ruhe ließen, an die Arbeit getrieben. Sie waren nie allein, nie frei, sie arbeiteten an Deck, bis sie vor Müdigkeit fast umfielen, und dann ging es in die Kojen, wo sie, immer zwei Mann in einer Kojen, erschöpft in Schlaf fielen und schwer und fest schliefen, bis sie wieder zur Wache oder zur Arbeit geweckt wurden. Die „Beluga“ war eine schwimmende Hölle, und die Unzufriedenheit stand in heißen Flammen -- aber was nützte es, Standal zu machen? Sie waren gezwungenemmaßen an Bord eines Schiffs, das weit draußen auf dem Meere segelte, außer dem Bereich jeder

menschlichen Hilfe, darauf angewiesen, ihr Bestes zu tun, wenn nicht aus andern Gründen, so um ihrer selbst willen.

John Dale erhobte sich von seinem Zusammenstoß mit dem Schiffer und kam mit sich darüber ins Klare, daß es hier am besten sei, zu gehorchen und seine Arbeit ohne Murren und saure Mienen zu tun, denn die ganze Wälderbelagerung war auf ihrem Posten, alles wurde entdeckt und die Strafe ließ nicht auf sich warten.

Er war auch klug genug einzusehen, daß man sich hier an Bord nicht damit begnügen würde, einen Mann der nicht folgte, zu paigen und aufzusuchen, und da er im Logis eine Führerstellung unter den geprehten Leuten einnahm, weil er es gewagt hatte, gegen den fürchteten Schiffer aufzutreten, fühlte er sich nicht mehr als der schlechteste Mann an Bord; es waren Leute da, die mit ihren Sorgen und Klammernissen zu ihm kamen und Rat und Trost bei ihm, dem erfahrenen Mann, suchten.

Das war Baslam für sein zerrissenes Innere, erfreute ihn, während doch der Freuden so wenige waren, und an Deck konnte er mit Leichtigkeit den Pflichten gerecht werden, die von einem Wasserschiffersingenmatrosen verlangt wurden; die Besatzung war esend und John Dale ihr bester Mann.

Aber etwas gab es, was an ihm nagte, das ihn früh und spät quälte, das war der Gedanke an die Wasserschiffjagd, und auf einsamen Nachtwachen, wenn er am Ruder stehen mußte, freilich er alle Geschichten wieder auf, die er von den Gefahren der Jagd gehört hatte, von Männern, die von diesen Riesen des Meeres über Bord geschlagen worden waren, von mitten auf dem Meer zerstückelten Booten, die vor Erschöpfung fast zusammenbrachen, aber von leuchtenden Steuerleuten vorwärts getrieben wurden, von Hunger, Kälte und Not. All das summte in seinem Kopf, und ihm graute davor, den Ruf zu hören: „Da blafen sie, da sind Wale!“ Denn er fürchtete, daß sein Mut verfallen möchte, daß es vorbei sein würde mit seiner Führerstellung unter den Kameraden und den blühenden Zufriedenheit, das er sich trotz allem erobert hatte, vor allem aber mit dem Wohlwollen der Vorposten gegen einen Mann, der imstande war, als Seemann seine Pflicht zu tun. (Fortf. folgt.)

Neues Theater.
 Augustusplatz. (Nachdruck verb.) Fernruf 1431
 Freitag, den 15. Juni 1923
 Festliche Vorstellung
 zugleich Antritts-Vorstellung für den Herrin
 Zulfke Wäber:
Ein Mastenball.
 Oper in 3 Akten, Musik von G. Verdi, Fählung
 von W. Gemma und F. W. Glabe, deutsch von
 J. G. Grünbaum.
 Musikalische Leitung: Walter Conrad.
 Bühnenleitung: Walter Fischer.
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Sonnabend, den 16. Juni: 101. Antritts-Vor-
 stellung (8. Folge, 1. Tag): Der Ring des Nie-
 lungens (1. Tag): Die Walküre, Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, den 17. Juni: 102. Antritts-Vor-
 stellung (8. Folge, 2. Tag): Der Ring des Nie-
 lungens (2. Tag): Siegfried, Anfang 8 Uhr.

Alles Theater.
 Altd.-Wagner-Platz. (Nachdruck verb.) Fernruf 1417
 Freitag, den 15. Juni 1923
 Festliche Vorstellung
 zugleich Antritts-Vorstellung für den Schillerverein V o
Giles und Jeanne.
 Bühnenleitung: 3 Rollen von Georg Kaiser
 In Szene gesetzt von Fritz Bronner.
 Personen: Giles de Nalis (J. Adner); Jeanne
 (M. Anton); Der König von Frankreich (J. Hoff-
 mann); Der Bischof (H. Wolf); Der Kardinal
 (W. Müller); Der Admet (G. Adner); Der Bis-
 chofer (H. Wendel); Der Gouverneur (H. Hoffmann);
 Ein Diener (H. Wäber); Die Hausmutter-
 mütter (H. Schippner); Hofherren (J. Berger,
 G. Geimer, H. Riffel, E. Götter, G. Adner); Ein
 König (G. Wäber); Englische Offiziere (H. Wendel,
 H. Adner, J. Geimer); Bauer (H. Wäber);
 G. Kaufmann, H. Müller, H. Steinbach, G. Adner);
 Roman (G. Adner, G. Wäber, G. Adner); Eine
 Hausmutter (H. Wäber).
 Karbinale, Wäber, Wäber, Roman, Götter,
 französisch und englische Offiziere, französisch
 und englische Soldaten, Bauer, Hausmutter,
 Geimer und Wäber, Hofherren.
 Heute nach dem 2. Teil (8. Folge)
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
 Sonnabend, den 16. Juni: 103. Antritts-
 stellung als Theater. Anfang 7 Uhr.
 Sonntag, den 17. Juni: 104. Antritts-
 stellung zugleich Antritts-Vorstellung für
 den Stenographenverein: Die Ge-
 schichte; Der geschickte Krug. Abends 7 Uhr.
 Heute Antritt: Neu entliehert: Der Herrin.

Neues Operellen-Theater.
 Gerlen die einschließl. 20. Juni 1923

Battenberg

Variété: Anfang 8 Uhr
Paul Beckers
 mit seinem neuesten Schläger
Die Hamburger Pillale.
 Lachen ohne Ende!

Battenberg-Theater Abends
 8 Uhr:
 V.-V.: Der Schrei in der Nacht.
 Morgen: Man auch die Liebe weinen.
 Vorverkauf: Tageskasse und Zigarrogasse.
 K. Hirsch, Katharinenstraße 6.

Luna-Park
 Am Auensee Dir.: Ferry Rosen
 Im Bad u. Hauptrestaurant
Täglich Konzert



Westend

Lichtspiele Leipzig-Plagwitz.
 Freitag bis Montag
Der Graf v. Monte Christo
 4. Teil.
 Monte Christos Rache.
 An Danglars und Vilfort.
 Dieser Film zeigt die stärkste Hand-
 lung des ganzen Romans.
 Außerdem:
Liebe nach Recht und Gesetz
 Nordischer Liebesroman in 6 Akt.
 Anfang 6 und 8.30 Uhr.
 Voranzeigen:
Der Menschenfeind
 mit Bernd Alder, Reinh. Schünzel.
Ehre Deine Mutter
 (Das alte Nest).
Er, Sie und Hamlet
 Er-Lustspiel-Woche.

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS
 Heute bis Montag, nur 4 Tage!
 Wiederum sensationelle Schläger
 in Erstaufführung:
Das Rätsel der Gerty Serling
 Das ergreifende Drama eines Kindes.
 Außerdem: Der amerikanische
 Monumental-Film:
Die Vampire von New York
 (Die Huronen)
 mit Jimmi, dem kleinsten Darsteller
 der Welt.
DIE HARDERHÖLE

Telephon 19271 **Königs-Pavillon** Promenadenstr. 8

Das Heim der guten Gesellschaft.
Heute Freitag zum ersten Male:
Die Geächteten
 (Der Ritualmord)

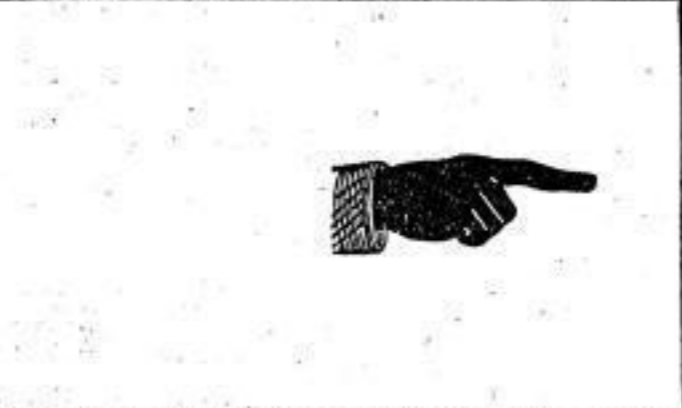
Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des jüdischen Volkes in 7 Akten.
 Personen der Handlung:
 Chaim Abramowitsch, Vorsteher der jüdischen Gemeinde... **Leonhard Haskol**
 Sarah, dessen Frau... **Rita Artz**
 Manja... **Sybill Morol**
 Benjamin... **H. Seligmann**
 Ruth... **Ruth Herz**
 Alexander Feodorowitsch Mulnikow, Beamter... **Wilh. Diegelmann**
 Anna, dessen Frau... **Hella Thornegg**
 Sascha, Student... **Alfred Abel**
 Iwan, Gymnasist... **K. F. Behn**
 Sonja... **Gertr. von Hoschock**
 Dimitri Vronski, Student... **Wolfgang Heinz**
 Vera, dessen Schwester... **Rita Ciernont**
 Petruk Czapka, der Polenwirt... **Ludwig Rex**
 Maruschka, dessen Weib... **Rosa Valetti**
 Veiteles, ein alter Trödlerjude... **Fritz Richard**
 Alexander der Große... **Paul Meffert**
 Helena, Alexanders Geliebte... **Colette Corder**
 Peistratos, ein junger Grieche... **Eugen Eisenlohr**

Mehr als 3000 Mitwirkende
 Die Tragödie eines Volkes; verfolgt und geknechtet durch Jahrtausende rechts und friedlos — fremd dort, wo seine Heimat — wandernd auf allen Straßen der Welt — geächtet... Eine wuchtige Tragik schwebt über diesem gigantischen Filmwerke. Die geradezu faszinierenden Bilder erregen die Seele in ihrem tiefsten Grunde und mit wachsendem Entsetzen folgt man den vorüberziehenden, erschütternden Ereignissen. — Der Film trägt keinerlei tendenziösen Charakter, sondern appelliert lediglich an die gesunde Vernunft, an das Rechtsgefühl des modernen Menschen. — Er fordert Verständnis.

Außerdem in Erstaufführung:
Aus dem Tagebuch eines Flohes
 Eine wundervolle Komödie in 3 Akten mit erstklassiger Besetzung.

Beginn täglich 4.30 Uhr :: Kassenöffnung 4 Uhr :: Letzte Vorstellung 8.30 Uhr

Casino-Lichtspiele, Neumarkt 21
 Ab heute Freitag des großen Erfolges wegen
Die Schlucht des Todes
 mit **Luciano Albertini.**
 Sensationen werden gezeigt, wie man sie bisher noch nie gesehen hat. Luciano stürzt ca. 40 Meter in die Tiefe, um seine ehemalige Geliebte zu retten.
 Außerdem:
 Fatty im Mädchen-Pensionat. — Er macht 'nen Ausflug.



Palast-Theater, Lindenthaler Str. 41
 Ab heute Freitag der 2. Teil
Die Frau mit den Millionen.
Der Prinz ohne Land.
 Hauptrolle: Ellen Richter, Weitere Darsteller: Karl Huzar, Ed. v. Winterstein, Hermann Flehs, Leonhard Haskol, Adolf Klein und andere.
 Wir sehen Aufnahmen aus Venedig, Triest, Pirano, Bari, Korfu, Korinth, Athen, Konstantinopel, vom Bosphorus und Schwarzen Meer, Belgrad, Sofia und Berlin. — Außerdem das Lustspiel:
Der Sohn des Piraten.

Freireligiöse Gemeinde, Hans Eitner A.-G. Wohnungstausch
 Sonntag, den 17. Juni, Sonntagsfeier
 Sonntags 10 Uhr
 in der Frauenberufsschule, Schillerstraße.

Volkshaus Borna
 Sonntag, 4 Uhr:
Öffentlicher Ball.
Patentanwaltsbüro Sack,
 Leipzig, Brühl 2.

U.T. Pegauerstr. CONNEWITZ
 GRÖSSTES U. VORNEHM. THEATER D. SÜDENS:
 Ab heute Freitag **3 Schlager!**
 Der von Tausenden mit **4. Teil** des 5 teiligen Spannung erwartete **Roman-Films**
Der Graf v. Monte Christo
Gekaufte Frauen
Monte Christos Rache
 Hierzu das Sensations-Drama:
Wenn Frauen lieben
Der Geisterseher
 Ausserdem der drollige Dicke:
Fatty als Bühnenheld
 Es werden Tränen gelacht!
 Einlass 6 Uhr — Beginn 8¹⁵ u. 8³⁰ Uhr — Ende 11 Uhr
 Nächste Woche **Fridericus Rex** 4. Teil beginnt:

LICHT-SCHAUSPIELHAUS
 Ab heute Freitag bis Montag:
Der unübertreffliche Doppelspielplan
 wie er selten gezeigt wurde
Der Student von Prag
 Ein Drama aus dem alten Ghetto in Prag in den Hauptrollen:
 Paul Wegener, Lothar Körner (Altes Theater, Leipzig) — Ort der Handlung: Prag um das Jahr 1820, der weltbekannte Prager Friedhof — Herrl. Szenenbilder
 Hierzu:
 Der mit Spannung erwartete Sittengroßfilm
Bummelotte
 Der Liebesroman eines allerliebsten kleinen Ladenmädchens Ein Sittendrama aus der großen Welt in den Hauptrollen:
 Maria Zelenka, Kaiser Hoyl, Karl Falkenberg
 Einlaß 6 Uhr — Sonntags 4 Uhr.
LEISENBahnSTR. 74 Sch

Leipziger Schauspielhaus.
 Auguststr. 17/19. Dir.: Dr. Clewgen Fernr. 2400
 Freitag, den 15. Juni 1923, abends 7¹⁵ Uhr
Der Kreis
 Eine Komödie in 3 Akten von W. G. Mauthner
 Nebearbeitung von Fritz Bronner
 In Szene gesetzt von Paul Selzer
 Personen: Elise Champion-Chenen (S. Stein); Arnold Champion-Chenen, Parlamentarier (H. Steiner); Carl Fortens (H. Wäber); Edward Wilson (H. Wäber); Lada Katarina Champion-Chenen (S. Stein); Hildegard (Nova Kattig); Frau Genshove (E. Wäber)
 Die Handlung geht in Wien ab, Arnold Champion-Chenen hat in Wien Arbeit vor sich heute nach dem 1. und 2. Akt
 Suppattentente können erst nach dem ersten Akt Einlaß haben.
 Geheißte Karten müssen 10 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein, ansonsten wird darüber verfügt
 Einlaß 7 Uhr, Anfang 7¹⁵ Uhr, Ende 10 Uhr
 Sonnabend, den 16. Juni, abends 7¹⁵ Uhr:
 Der Kreis.
 Sonntag, den 17. Juni, nachm. 3¹⁵ Uhr: Vorstellung für den Herrin: Täglich: Schacher
 Abends 7¹⁵ Uhr: Der Kreis.

Kleines Theater
 Elsterstr. 42 Tel. 12 800
 Freitag, 15. Juni, abends 8 Uhr
 Zum ersten Male
Zapfenstreich
 Ein Militäerstück in 4 Akten von
 F. A. Boyerlein
 Täglich: Zapfenstreich

MARIONETTEN THEATER
 Hauptrestaurant Meißplatz.
 Dir. Fam. W. Blüthel Fernruf 13 498
 Dienstag bis Sonntag, 17. Juni, abends 8 Uhr.
Er ist Baron.
 Tolle mit Gelang
Ein Wolkenbruch.
 Ab Mittwoch bis Sonnabend, nachm. 4 Uhr, Sonntag 1¹⁵ 3 und 1¹⁵ 5 Uhr:
Klein-Däumling.
 Darauf: Ein Wolkenbruch.

Drei Linden
 Täglich Anfang 1¹⁵ 8 Uhr:
 Heute zum letzten Male
 das erste Programm
Theater Duvan-Torzoff
 Ab morgen:
Neues Programm
 des Theater Duvan-Torzoff.
 Außerdem:
Der große Varietéspielplan
 Alles Neuheiten für Leipzig!
 Straßenbahnrückfahrkarten mit Ermäßigung an der Kasse.
 Vorverkauf: Tageskasse 10 bis 2 Uhr (Telephon 48543/43856), Warenhaus Th. Althoff, Meißner Markt 4, Konsumverein Karl-Heine-Straße

Friedenfels
 Windmühlweg, 51, Nähe Bayr. Bahn.
 2 letzte Tage **Großer Damenball**
 Freitag u. Sonntag
 Tanzen frei!

Union-Theater
 Kleinzsch., Dieskaustr. 79
 Tel. 40 980 / Inh. Max Raschke / Tel. 40 980
 Ab Freitag bis Montag:
Fridericus Rex
 3. Teil: Sansoucl. 6 Akte.
Das Mädchen ohne Herz.
 Aus Kunst und Prosa des Alltags. 5 Akte.
 Verstärktes Orchester
 Zu diesem Programm haben auch Jugendliche von 14 Jahren an in Begleitung Erwachsener Zutritt.
 Sonntagsnachm.: Jugend-Vorstellung.

Film-Palast

Li., Gundorfer Str. 31 Anfang 6 u. 1/2 Uhr

Reinhold Schünzel

Margarete Kupfer — Bernd Aldor — Werner Krause
in dem gewaltigen Sittenfilm

Der Menschenfeind.

Dazu: Die Königin von Whitechapel mit Esther Orens.

Luna-Lichtspiele

L.-Eutr., Schiebestr. 6

Margarete Schlegel

in dem sarkastischen Schauspiel

Liebe, Tor und Teufel.

Fatty bei der Heilsarmee.
Uschl studiert eine Rolle.

Apollo-

Lichtspiele L.-Schönefeld

Ecke Stettiner- und Taubestr. 6

Freitag, den 15., bis Montag, den 18. Juni
Das große Schlager-Programm

Die Flammenfahrt des Pacific Express

Aus dem Leben eines amerikanischen Abenteurers.

Gespenster, die ihn nicht verlassen

Sensationsdrama in 4 Akten
Das Leben u. Treiben am Hofe des Thronfolgers Herzogs Sixtus.

Als Extraeinlage eine Filmpuppe in 3 Akten

Karlchen holt Sumpfgrün

Lachen ohne Ende.
Vornehme Künstlermusik. Angenehmer Aufenthalt.
Einlaß 1/4. Anfang 6 Uhr, letzte Vorführung 8.30

Napoleon und die kleine Wäscherin

1. Der gewaltige Großfilm
Großes Sittenschauspiel in 8 Akten unter Benutzung des historischen und Anekdoten-Materials von Dr. Willi Wolf.

Inhalt der Akte: 1. Der Ball in der Vorstadt. 2. Die österreichische Prinzessin Maria Louise in Bedrängnis. 3. Die Marketerin möchte sich ein bisschen verheiraten. 4. Empörkämpfe und ihre Liebsten. 5. Eine verweilte Hochzeit. 6. Vom Wäscher mädchen zur Herzogin von Danzig. 7. Wünsche von Märschällen sind Befehle! Aber nicht bei Katharina Hübscher, der kleinen Wäscherin. 8. Auf St. Helena.

Nur noch bis einschl. Montag
Beginn 4, Einlaß ab 1/4 Uhr
Der täglich grosse Erfolg sind die

14 Akte

In den
Welt-Theater
Lichtspielen
Barfußgasse am Markt

Als 2. Schlager die internationale Sensation **Die reichste Frau der Welt Miß Rockefeller filmt**
im Film ohne Namen den Roman einer Dollarprinzessin.
Ein internationales Ausstattungs-Lustspiel, wie es in ähnlicher Aufmachung noch nicht da war! Mit einer Fülle schlagender Einfälle und drolligen Sensationen in 6 Akten.
14 Namen ersten Ranges 14 besetzen die Hauptrollen.
6 erste Humoristen versuchen einander den Rang abzulaufen.
Die Dollarprinzessin als Filmstar. Unter dieser Überschrift lesen wir in der Chicago Tribune European Night Edition, das Miß R. . . die Tochter einer der oberen 40 Familien New-York, in einem deutschen Film die Hauptrolle spielen wird. Wie wir dazu verraten können, ist es die reichste Frau der Welt, Miß Rockefeller.

Moderne und geschmackvolle Drucksachen

für
leben vornehmenden Bedarf werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Waffenaufträgen

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Tauchaer Straße 19/21
Fernruf 4596

CENTRAL

Telephon 35590 Lichtspiele Telephon 35590
Leipzig-Connewitz, Bornalsche Strasse 3

Nur Freitag bis Montag

Ehre deine Mutter

mit Gesang

Einlaß 1/6 Uhr — Anfang 6 und 1/2 Uhr — Ende 11 Uhr

Das Frankische Lied

5 Akte von E. FROHWEIN
Hersteller: Aladin-Film Co.-A.-G.
Regie: Hubert Moest

Personen:

Graf Eberhard	Josef Reithofer
Isolde, seine Braut	Hedda Vernon
Richard, Eberhards Bruder	Ferry von Farrar
Graf Konrad von Giech	Eduard von Wintersteln
Irmgard, seine Verwandte Eberhards	Gerda Frey
Der Narr	Arthur Retzbach
Der Raubritter	Heinrich George
Der Burgwart Eberhards	Fritz Stegmann

Künstlerische Oberleitung: Hubert Moest
Regie: Hubert Moest und Friedrich Weissenberg
Photographie: Toni Müllensien

Neben wundervollen Bildern sehr gute musikalische Ausarbeitung. — Die im Film vorkommenden Gesänge werden vorgetragen von Fräulein Anka Carry.

Nachdem das Lustspiel

Fräulein Puppe, meine Frau

Hauptdarsteller: FRITZ SCHULZ

Heute Erstaufführung. Einlaß 4 Uhr, Anfang 1/5 Uhr

ASTORIA

Windmühlenstraße 31  Fernruf Nr. 18195-96

COLOSSEUM

Rosplatz 12-13 Fernruf 18195-96

Heute Einlaß 4 Uhr Anfang 1/2 Uhr

Die schwarze Bande

Drama in 5 Akten mit: Mosjoukine und Lissenko

Einbrecher wider Willen

Amerikanischer Abenteuer - Detektiv - Film in 5 Akten

große Filme



«Ufa»

<h3>Lindenfels</h3> <p>Karl-Heine-Str. 50 Fernruf 18185/96</p> <h3>Jim Corvey ist tot!</h3> <p>Drama in 5 Akten von Thomas Henry Die Hauptdarsteller: Heinrich Schroth, Gertrud Welcker, Fritz Schulz, Hedda Vernon, Henry Bender, Otto Flint, Deutscher Meisterboxer, Giuseppe Spalla, Schwergewichtmeister von Italien</p> <h3>Satans-Ketten</h3> <p>Sensationsfilm in 5 Akten Hauptdarsteller: Ressel Orla, Erich Kaiser-Titz, Marga v. Kierska</p>	<h3>Wintergarten</h3> <p>Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96</p> <p>Der Uco-Film der Decca-Bioscop (Ufa)</p> <h3>Dr. Mabuse der Spieler</h3> <p>Nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illust. Zeitung von Norbert Jacques 1. Teil: Der große Spieler (10 Akte) Hauptdarsteller: Rudolf Klein-Rogge, AudEgede Nissen, Gertrud Welcker, Alfr. Abel, Bernhard Götze, Karl Huszar</p> <h3>Scheidungsieber</h3> <p>Lustspiel in 2 Akten</p>
--	--

«Ufa»